

Leipziger Volksbote.

Organ für die Interessen der verlässlichen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 323]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Leipziger Volksbote“ erscheint täglich abends (außer am Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannastraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Seite oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Anträge für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 262.

Wittwoch, den 8. November 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Mitwort.

(Fortsetzung und Schluß aus der Beilage.)

Die Sechs berufen sich mit besonderer Genugtuung auf die Erklärung, die der Parteivorstand und die Preskommision unter dem 11. Januar 1905 gegen einen in der „Leipziger Volkszeitung“ am 23. Dezember 1904 erschienenen Artikel veröffentlichten.

Hier sei zunächst auf die Situation aufmerksam gemacht, die zu jener Erklärung nötigt. Der in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienene Artikel erging sich in den heftigsten und schärfsten Angriffen gegen die Redaktion des „Vorwärts“ und damit auch zu einem gewissen Grade gegen uns als Aussichtsvornehmste. Die Redaktion fühlte sich mit Recht durch diesen Artikel schwer beleidigt und rief unsere Intervention an. Wir teilten die Auffassung der Redaktion über jenen Artikel und veröffentlichten eine Erklärung, welche die Sechs ziemlich abgekürzt und zugesetzt in die Offenlichkeit bringen, die wir nun mehr des Verständnisses wegen und um der Wahrheit zu dienen, im Wortlaut folgen lassen. Dieselbe lautete:

„In Nr. 298 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 23. Dezember 1904 ist unter der Aufschrift „Eine Abwehr“ ein Artikel, unterzeichnet F. M., das ist Franz Mehring, erschienen, der sich gegen Anverherrungen des „Vorwärts“ über einen unserer Parteipresse angemessenen Ton der Polemik richtet. Die Redaktion des „Vorwärts“ hat mit Recht Abstand genommen, in einer Erwiderung auf die Beschuldigungen einzutreten, die Genosse Mehring gegen sie erhoben hat. Sie hat im Interesse der Partei geschwiegen und die Angelegenheit den unterzeichneten beiden Körperschaften überlassen, welche durch das Organisationsstatut der Partei zur Aufsicht über das Zentralorgan gesetzt sind. Auch ohne den Wunsch der Redaktion des „Vorwärts“ standen die Unterzeichneten im Begriff, sich mit dem Artikel Mehrings zu beschäftigen.

Von den Anschuldigungen, die Mehring gegen die Redaktion des „Vorwärts“ erhebt, seien nur die schwersten in Erinnerung gebracht. Der „Vorwärts“ soll „wissenschaftlich unwahr“ über vorhergehende Auseinandersetzungen in der Parteipresse berichtet haben. Er soll durch seine Meinungsäußerung über den Ton der Parteipresse „eine Tat begangen haben, die sich würdig neben die Tat stellt, die der Minister Hammerstein an Maxima Person vollbracht hat“. Dies sei eine Tat, die durch das Dichterwort gekennzeichnet wird: „Sieht hier das Trauerspiel der kalten Bosheit“. Der „Vorwärts“ soll ein Blatt sein, „das trotz seiner ungeheueren Mittel und seines weitesten Verbreitungsbereiches gänzlich nicht einmal so viel propagandistische Werktüchtigkeit zu enthalten vermöge, wie die meisten minderen und selbst kleinen Parteiblätter noch wünschten“. Der „Vorwärts“ soll „durch seine blöden Sensationen a la Krupp und Kaiserin die Partei aus äußerste bloßgestellt“ haben. Der „Vorwärts“ sei ein Blatt, „das, seit seiner Bestimmung gemäß das prinzipsielle Rückgrat seiner Partei zu sein, in jeder prinzipiellen Frage hin und her schwankt und für die politische und wissenschaftliche Entwicklung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden ist“.

Wir haben keinen Anlaß, die Redaktion des „Vorwärts“ gegen Anschuldigungen zu verteidigen, deren Häufigkeit für die Parteigenossen ohne weiteres ersichtlich ist. Nur die Behauptung, der „Vorwärts“ sei ein Blatt, „das seit seiner Bestimmung gemäß das prinzipsielle Rückgrat der Partei zu sein, in jeder prinzipiellen Frage hin und her schwankt und für die politische und wissenschaftliche Entwicklung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden ist“, nötigt uns zu einer Bemerkung. Wenn diese Behauptung der Wahrheit entspräche, so würden den Vorstand und der Preskommision mit Recht die schwersten Vorwürfe treffen, denn es wäre eine Pflichtvergehenheit der schlimmsten Art, eine solche Redaktion an dem ihrer Aufsicht unterstellten Zentralorgan zu dulden. Es ist allgemein bekannt, daß über die Haltung und Stellungnahme des „Vorwärts“ in einigen Fragen der Parteialltag Meinungsverschiedenheit zwischen uns und der Redaktion bestanden haben und daß Mitglieder der unterzeichneten Körperschaften ihre abweichenden Ansichten öffentlich ausgesprochen. Niemals aber hat der „Vorwärts“ zu einer ehrenkundenden und beleidigenden Beurteilung Bereitschaft gegeben, wie es durch den Genossen Mehring in den oben zitierten Anverherrungen geschehen ist.

Wir halten uns deshalb für verpflichtet, diese Herauswürdigung der Gesamt-haltung der Redaktion des „Vorwärts“ auf das nachdrücklichste zurückzuweisen.

und legen energische Verwahrung ein gegen die Form der Polemik, wie sie dem Genossen Mehring gegen die Redaktion des „Vorwärts“ betrieben. Eine derartige Kampfweise gegen ein Parteivororgan muß notwendig zur schwersten Schädigung und zur Herrichtung der Partei führen.

Berlin, den 11. Januar 1905.

Der Parteivorstand.

Die Preskommision des „Vorwärts“. Die Sechs haben aber sehr ungenügend begriffen, daß seit jenen Januartagen die Gegensätze zwischen Redaktion und uns sich weiter zuspitzten und daß unter anderem die Verhandlungen am 17. Juni notwendig wurden, auf die wir bereits in unserer Deutschrif eingegangen sind, daß endlich die Verhandlungen am 1. und 8. September sich abspielten, in denen abermals die Meinungsverschiedenheiten in aller Schärfe zum Ausbruch kamen. Die Sechs machen in ihrer Entgegennahme gemäß ihrer Gewohnheit dünkel Andeutungen über ein mißglücktes Pronunciamen gegen die Redaktion, das Stadthagen geleistet haben soll. Was die Sechs dunkel anzudeuten belieben, wollen wir offen mitteilen. Am 1. und 8. September fanden gemeinsame Sitzungen des Parteivorstandes, der Preskommision und der Redaktion statt. Die Sitzung am 8. war die Fortsetzung derjenigen vom 1. September. In diesen beiden Sitzungen war Stadthagen als Mitglied der Redaktion anwesend, nahm aber nur zu einer periodischen Bemerkung das Wort. Zunächst wurde verhandelt über die öffentlich bekannt gewordene Korrespondenz Webers mit der Redaktion der „Bremser Bürgerzeitung“ wegen Aufnahme von Berichten über Berliner Parteiversammlungen. Das Verfahren Webers wurde bei diesen Verhandlungen als grobe Taktlosigkeit verurteilt. Auf seine Erklärung, in einem ähnlichen Fall wieder so handeln zu wollen, wurde die Stimmung gegen ihn in der Preskommision so erregt, daß diese gegen Weber ein Misstrauensvotum beantragte und beschloß, ihm die Redaktion der Parteirachetten zu nehmen, die er nach Ansicht von Vorstand und Preskommision parteiisch redigierte hatte.

In der darauffolgenden Sitzung am 8. September erklärte Weber die Verurteilung des von ihm an die Redaktion der Bremer „Bürgerzeitung“ gerichteten Briefes als ein der Preskommision zustehendes Recht, bekannte seine Bereitwilligkeit, auf die Redaktion der Parteiracheten zu verzichten, bat jedoch, von dem allgemeinen Misstrauensvotum Abstand zu nehmen.

Hierzu wurde beschlossen, das Misstrauensvotum nicht auszusprechen.

Im weiteren Verlauf jener Sitzung kam aber auch wieder die allgemeine Haltung des „Vorwärts“ zur Sprache. Hierüber waren die Meister so stark, daß Eisner sich zu der Anerkennung verpflichtete, die Mehrheit wolle der Minderheit ihre Räume überlassen, damit diese zeigen, ob sie es besser machen können.

Hierzu wurde beschlossen, das Misstrauensvotum nicht auszusprechen.

In jener Sitzung wurde ferner der Beschluß gefasst, und zwar zum Schutz der Minorität, daß, wenn drei Redakteure gegen die Aufnahme eines Artikels Einspruch erheben würden, sofort Parteivorstand und Preskommision berufen werden müßten, um über die Aufnahme zu entscheiden. Wie man diese Vorgänge in einem „Sieg“ der Redaktion mehrheitlich umrichten kann, überlassen wir den Sechs.

Wenn die Sechs behaupten, daß der Artikel über den Elsterstreit ohne Kenntnis der Mehrheit ins Blatt gegeben wurde, so sei festgestellt, daß die Sechs es unterließen, von einem Artikel Kenntnis zu nehmen, der als Beitrag Artikel in das Blatt kam und damit als Meinungsäußerung der Gesamtredaktion angesehen wurde. Dieser Vorgang zeigt wieder, daß die Bastarde in der Redaktion kaum mögliche geworden waren.

Höchst merkwürdig ist es auch, daß die Sechs es so darstellen, als hätten in der Frage der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen die Berliner Parteigenossen sich der Ansicht der Sechs angehlossen. Jeder Parteigenosse weiß aber, daß die Berliner Genossen sich erst zur Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen bereit erhielten, nachdem wiederholt auf Parteitagen ein solcher Beschluß gegen den Willen der Berliner Genossen angenommen worden war.

Der Sommer der Sechs, die Angriffe gegen den „Vorwärts“ seien stets aus einer kleinen Reihe von Personen hervorgegangen, und weiter die Aussäße der Sechs gegen die Genossen Luxemburg wegen ihres Konfliktes mit Liebknecht im Jahre 1898 geben uns keine Berechtigung, auf diese Ausführungen ausführlicher einzugehen.

Nachdem die gefaute Parteiverirung von Groß-Berlin am 23. Oktober noch länger, ernster Debatte mit allen gegen einige Stimmen unser Vorgehen billigte und sich mit uns

solidarisch erklärte, können wir uns auf das Gesagte beschränken. Wie verstehen auch nicht, was die Polemik der Sechs gegen die Genossen Luxemburg bedeuten soll, die in den Verhandlungen der letzten Wochen nur eine passive Rolle spielte, außerfern als wir darüber verhandelten, ob sie als Mitarbeiterin im „Vorwärts“ tätig sein sollte. Ebenso lassen wir das Herrenrecht der Genossen Rautenkampf und Mehring in diese Erörterung auf sich beruhen. Die Sechs verfolgen mit ihrer Taktik nur, die Polemik möglichst weit und breit möglich zu gestalten. Was liegt nicht im Interesse der Partei. Wir haben besseres zu tun, als unfruchtbare gewordene Polemiken ohne zwangsläufige Gründe weiter zu spinnen, als unmöglich notwendig ist. Der Schluß der Erklärung der Sechs schließt sich würdig ihrem Ansage an. Beweislose Verdächtigungen und Anschuldigungen gegen nicht genannte Personen, phrasenhafte Versicherungen, daß man endlich alle Rückstufen allen Freundschaften zum Trotz fallen lasse, weil weitere Rückstufen Verrat an der Partei sei.

Wir gestatten uns hierauf die einfache Frage:

Wenn es Personen in der Parteileitung gibt, deren unheilvolles Wirken seit Jahren all die von den Sechs in den schwarzesten Farben dargestellten Gefahren für die Partei hat, warum haben die tapferen, ehrlichen, braven, unentwegten Sechs nicht schon längst die Rückstufen fallen lassen und sind als Ankläger aufgetreten, um die Partei von diesen Schandbuben zu befreien?

Und warum wagten sie auch jetzt noch nicht, wo sie alle Rückstufen fallen zu lassen erklären, die Namen dieser Schandbuben zu nennen?

Auch das wäre ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen. Jetzt bekommen ihre Anklagen und ihre dunklen, zweideutigen Verdächtigungen den Charakter, daß sie nicht aus edlen Motiven im Interesse der Partei handeln, sondern nur, um niedrige persönliche Nachgefühle zu befriedigen.

Berlin, den 8. November 1905.

Der Parteivorstand.

Die Preskommision.

Von der mir seitens des Parteivorstandes und der Preskommision gegebenen Freiheit, auf die mich persönlich betreffenden Anzüglichungen des edlen Sechs zu antworten, werde ich erst in einem späteren Stadium der Polemik Gebrauch machen. Ich fasse alsdann alles hübsch zusammen, um meinen Gegnern die verdiente Antwort zu geben.

A. Bebel.

Politische Standpunkte.

Stellungnahme.

Die Finanzpläne, welche die neuen Steuergesetze vorbereiten, scheinen sich noch nicht völlig definiert zu haben. Es wird davon gesprochen, daß auch die Matrikulabeschränkungen „begrenzt“ werden sollen, was doch wohl bedeutet, daß auch nach dieser Richtung hin vom Reich mehr Steuern ausgebracht werden müssen. Es hat den Anschein, daß neben den in der sogenannten „Richtfinanzreform“ enthaltenen neuen Steuerprojekten noch Spezialvorlagen zu erwarten sind. So ein Reichs-Diutungsteuer! Diese Steuer, für welche früher die Regierung gar keine Gründen fand, findet jetzt in der „Röts. Btg.“, die in der selben Sachen offiziell bedient wird, einen lebhaften Beifall. Seitens wurde schon einmal behauptet, es sollten sämtliche Diutungen von 5 M. an einer Steuer unterliegen.

In den Einzelaufträgen ist man seit langem bestrebt, die vormärkische Diutungsteuer abzuwaffen, wo sie noch bestand. In Bayern — sie 1899, in Preußen — man bestrebt in Preußen — schon 1873 aufgehoben worden! Im Reich möchte die Regierung freilich 1893 bei der Diutungsteuer wieder einzuführen. Der Reichstag ging aber nicht darauf ein und bei anderen Gelegenheiten hat der Reichstag gleichfalls dokumentiert, daß er von einer solchen Steuer nichts wissen will.

Die Regierung freilich scheint sich in die Diutungsteuer fürstbar verlebt zu haben, denn schon in der Session 1903/04 eröffnete sie in dem Steuerbouquet, durch das die Kosten der jüngsten Heeresverstärkung gedeckt werden sollten, wieder eine Diutungsteuer in Gestalt eines Fixstempels von 10 Pf. Es sollen Diutungen im Betrage von 20 M. an einsatz bedient werden. Da der Kommission wurden verschiedene Vorschläge für die Änderung der Regierungsvorlage gemacht, insbesondere auch die Einführung einer allgemeinen Umlohn- und Dokumentsteuer nach dem Werte. Gegen die Diutungsteuer im allgemeinen wurde geltend gemacht, daß sie dazu führen würde, in großem Umfang die Dienstleistung überhaupt zu unterlassen, und demgemäß den geregelten Geschäftsvorleben zu föhren. Der Antrag auf Einführung einer Umlohn- und Dokumentsteuer wurde in der Kommission zurückgewiesen, die von der Regierung vorgeschla-

gene Quittungssteuer wurde abgelehnt. In der zweiten Be- ratung im Plenum sandte sie sogar ein stimmiges Ab- lehnen. Die Vorstehers der konservativen und freis- lassenden Partei hielten es dabei ausdrücklich für nötig, Gellungen und Entschuldigungen dafür abzugeben, daß sie in der Kommission der Quittungssteuer zugestimmt hätten.

Nach alle dem scheinen die Aussichten einer Quittungs- steuer auch jetzt keineswegs rosige. Die „Köln. Blg.“ sucht zwar die Opposition damit umzustimmen, daß sie meint, jetzt sei Not am Mann. — Damit verrät sie den offiziellen Charakter ihrer Notiz. Es ist Not am Mann für die Regierung, die Schlachtkäfle bauen will, die 50 Proz. Mehr- kosten verursachen wie die bisheriger. Lediglich, wenn die Regierung die Quittungssteuer aufmarschieren ließ, liegen neue Militärforderungen vor; 1893, 1903/04, wie wir oben zeigten und jetzt. Es wäre endlich an der Zeit, daß das Volk diese Steuer-Erschließungsminister einmal moralisch packen schläuden läßt!

Wie sieht die neue Flottenvorlage aus? Dem Reichstag wird sowohl eine neue Flottenvorlage als auch ein hier von größtmöglicher Unabhängigkeit vorgelegter werden. Etat und Vorlage haben direkt miteinander nichts zu tun, wenn auch die Vorlage in einigen Punkten auf den Etat 1906 einwirkt. Die Flottenvorlage fordert 6 große Kreuzer und 4 Torpedobootsdivisionen. Die Kreuzer sollen durchweg ein Displacement von 15 000 Tons erhalten und verbesserte Ausrüstung gegenüber der jüngsten Kreuzer- artillerie. Der Etat will im Rahmen des alten Flotten- gesetzes die noch auf Grund des Gesetzes zu erbauenden Minenschiffe und Kreuzer ebenfalls im Displacement gemäß den Anforderungen der Neuzeit erbauen. Die bereits fertig- gestellten Kriegsschiffe, die auf Grund des alten Flotten- gesetzes erbaut sind, sollen verbesserte Ausrüstung erhalten; so werden die 28 Centimeter-Kanonen durch 30 Centimeter- Kanonen ersetzt. Dieselbe Ausrüstung erhalten alle neu zu erbauenden Kriegsschiffe. Die auf Grund des Gesetzes von 1900 noch zu erbauenden U-Boote (8) erhalten ein Displacement von anähnlich 17 000 Tons, die Kreuzer (12) von 15 000 Tons. Außerdem werden noch folgende Ver- besserungen eintreten: Gürtelpanzr 240 Millimeter (bei der Braunschweig-Klasse 225), Hitzeleiterpanzer 205 (früher 180), Batteriegeschützenpanzer 170 Millimeter (früher 150). Für die Panzerschiffe erhöhen sich die Kosten pro Schiff um rund 16 Millionen durch diese Neuerungen, also von 24 auf 40 Millionen Mark. — Wir haben's ja auch!

Graf Götschen wünscht es. Die Schaffung eines selbständigen Kolonialamts soll nur deshalb erfolgen, weil der zukünftige Leiter des Kolonialwesens, Graf Götschen, es so hat es will. Das Reichstagkonto habe, erzählt der „Fackel-Kur“, dem Plan eines Kolonialamts nie wohlwollend gegenüber gestanden, und auch in anderen Kreisen der Regierung habe man leidlose Bedenken dagegen. Aber es ist ein offenes Geheimnis, daß das Kolonialamt haupt- sächlich bezwegen selbständigkeit erreicht werden soll, weil der Gouverneur von Ostafrika, Graf Götschen, erfüllt hat, er würde nur dann das Amt in Berlin übernehmen, wenn er Staatssekretär werden würde und als solcher nur dem Reichskanzler zu unterstehen hätte.“ Das Nürtinger Blatt wußt die Frage auf, ob um einer persönlichen Lieb- heit willen das Deutsche Reich für die koloniale Sache darum gar nicht zu erwarten ist. — Sozialistisch halten wir die ganze Reldung für einen Fauxpas, aber sollten wir in Deutschland schon so weit gekommen sein, daß das Reich nach der Praxis eines verhältnismäßig jungen Beamten tanzt — Graf Götschen ist 39 Jahre alt und besitzt den Rang eines Majors — und daß man dem deutschen Steuerzahler neue Lasten auferlegt, weil ein Staatssekretär der Zukunft es wünscht?

Trottha, der „geniale“ Feldherr, hat den Orden pour la mérite erhalten. Er wird jedenfalls am 18. November abberufen werden.

Ein liberaler Führer als Freund des Bemühs- zwangs. In der „Österreichischen Volksstimme“, dem Provinzblatt der österreichischen Sozialdemokratie, wurden jüngst die nicht gerade rohigen Beschränkungen der bayrischen Schutz- maßnahmen behandelt. Im Aufsatz hat der Artikel große Schimpfung hervergerufen, und in der letzten Nummer gab der Bürgermeister Dr. Caiselmann seiner österreichischen Zustimmung darüber Ausdruck, daß die Schutzmaßnahmen „Disziplin“ und „Autorität“ so weit vorgehen habe, daß an eine sozialdemokratische Zeitung zu weichen. Er meint, der Führer, für den noch Nachdruck habe, möge ohne Rücksicht darauf, ob er Familie habe oder nicht, seine Gründe erläutern werden, gelte es aber nicht, ihm später zu erläutern, so werde man zarter Anwendung des Bemühszwangs vor Jahren gegen die Rebaktion des gekonnten Blattes vor- gehen. Herr Caiselmann ist der bekannte liberale Wort- führer und Landtagsabgeordnete, der in seinen politischen Sätzen nur den „feindlichen“ Geschäftsbüro des Büro- realspiels spielt. Heute sagt seine rechte Tochter, der Vater sei die Reaktion weiter verbündeter Bürgertümlichkeit entgegengesetzt, wie die Frau aufs Ärger.

„Begungenen“ der Kolonialpolitik. Das Biand- kai war leider eine äußerst erfolglose Versuch- liste geworden. Jüngst bliebende Wiederholung und erneuter geistiger Zählerung ist Prinzipia geworden — um eine elende Sache wieder!

Quittloses Beginnen. Der Bericht des deutschen Staatssekretärs hat es der Landwirtschaftsminister von Politisch weiter übernommen: auf die Unterredung vom 8. September der beiden angekündigt, in der er, wie die „Allgemeine Rundschau“ berichtet, jüngstes Schreiben ent- rückt: daß für Österreich jedoch das Schiedsgerichts- gericht am 300. Stuhl erkläre und dann vom 1. März 1906 bis 14 zu 14 Tagen zu weiter 100 Stuhlen 200 Stuhlen entschieden werden wird. Die von Staatssekretär und seinem Mitarbeiter und seinem Berater unterschriebene Urkunde, daß die jüngste Entscheidung, die möglichste Schiedsgerichtsgericht ohne Schied für den österreichischen Staatsland zu erklären, vollständig getroffen sei; immerhin daß die Entscheidung für die Staatsrechtsfrage und die Entscheidung Schiedsgerichtsgericht, was weniger 2000 Stuhlen und 300 Stuhlen zu bestimmen werden sollte, geschehen werde. Bezuglich der jüngsten Entscheidung der Staatssekretär soll die Staatsregierung beim Landesrat begreiflich werden, daß bei dem Entscheidung bei mehreren Vollmachten für die Entscheidung der österreichischen Staatsgerichtsgericht, 1. April 1906 und

die Bedingungen für die Schlachthöfe zum Bezug ausländischen Viehs erwartet werden müßte. — Diese Einigung wird zweifellos in Wobs großen Papierkorb verschwinden.

Amtliches Wahrezultat. Bei der am 2. November stattgehabten Reichstagswahl im Wahlkreis Preußisch-Holland-Möhren wurden insgesamt 9902 Stimmen abgegeben. Hierunter erhielten Altertumsbesitzer Güter Gerzebau (R.) 8682, Hermann (FDP) 740, Beaumörsberg 406, königlicher Amtsgerichtsrat Reehs-Bichsfeld (S.) 64 Stimmen. 8 Stimmen waren zerstreut. Güter ist somit gewählt.

Württemberg.

Ist die Revolution tot? Diese Frage drängt sich heute auf die Lippes aller Freiheitsfreunde. Fast scheint es, als ob die Frage zu bejahen wäre, wenn man den offiziellen Meldungen, nach denen z. B. aus der Güter- und Personenverkehr mit Deutschland, sowie im Innern Ruhrslands ganz oder teilweise wieder hergestellt ist, Glauben schenkt. Dennoch aber glauben wir nicht daran. Vielmehr vermuten wir, daß die jetzt herrschende Ruhe nur die Vorläufer eines neuen, gewaltigen Sturmes ist; eines Sturmes, der das morige Gebäß des Kaiserreichs zusammenstoßen läßt.

Der „Kurs“ der Regierung ist ein schwankender; heute hat Treppow, der Bluthund, morgen wieder Witte die Oberhand. Nikolaus, der sich heute noch so stolt der Selbstherrscher aller Menschen nekt, fühlt am Wahlpolyptik seinesgleichen. Wie ein Rohe im Winde schwankt er hin und her! Daß man sich unter solchen Umständen noch an ernste Situationen gefaßt machen kann, ist klar. Und das Blügetum wird immer mehr auf die Seite der Sozialdemokratie gedrängt — durch die Kugeln der russischen Soldaten fest, soweit sie noch als Söhne des Kaiserreichs gelten kann. Aus Petersburg wird nämlich gemeldet: „Dank dem Verhalten der Monarchien, an deren Spitzen, Schlesienkowitz, Graf Scheremetew und viele Polizeibeamte, die anscheinend von Treppow nicht gehindert werden, stehen, verschlimmert sich die Lage von Stunde zu Stunde. Gegen sie scheint auch Witte machtlos. Viele gemischte Elemente, die Vormittags noch Anschluß an die Regierung Wittes suchten, wenden sich Abends an die Sozialisten, weil diese als ausgezeichnet organisierte Partei allein im Stande sind, Bildung und Besitz gegen den Schrecken von oben zu verteidigen. Alle Vorläufer in Kasan, Moskau und Lwov zeigen etablierte Güte. Die Konstitutionalisten veranstalten friedliche Kundgebungen, halten Trauer- und Dankgottesdienste zu Ehren der gefallenen Freiheitskämpfer. Pöglich wird von irgendwo her zu aller Überraschung gefeuert. Um Nu bedecken hundert Tote die Straße. Das Publikum flieht, die Päsi leer, kehren sich, Arzte werden durch den Militärordnungsauftrag vertrieben, der Kordon schließt sich. Eine Salve wird abgefeuert, sämtliche Ärzte sind erschossen. Das ist keine Überreibung, kein böser Zufall. Aus zwanzig Orten liegen mehrfache Nachrichten vor, die diese Mittellung bestätigen. Gestern mahnte „Rasputja Wiedomski“ zur Rache, heute fordert sie die Erfüllung der Miliz. Die Armee rief morgens ausgezeichneten Eindruck hervor. Er wird fortgesetzt mehr durch die furchtbaren Nachrichten aus Centralrussland bewirkt.

Doch die augenblickliche „Ruhe“ wird lange anhalten wird, dafür bürgen Nachrichten aus verschiedenen Städten. So ist in Riga eine beschlossen worden, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die volle Unannehmbarkeit gegeben ist. In Tiflis werde ein Trepp Reactionär, der mit einem Feuerstahl durch die Straßen zog, beschlossen und hingerichtet. Darauf schritten die Truppen, die den Zug begleiteten ein. Fecht! 10 Tote und 30 Verwundete — In Tiflis wurde der Kriegszustand erklärt. — Aus Kalisch kommt folgende Nachricht: An der Sofienschule wurde eine Fahne mit dem polnischen Wappen aufgehängt; vom Turm wurde die polnische Nationalhymne geblasen. Die Volkspartei verlangt die volle Autonomie Polens mit einem Landtag in Warschau.

Wie die Schläger in Odessa gehaust haben, zeigt folgende Nachricht des „Patt-Patzen“: Die Zahl der Toten bei den bisherigen Unruhen beläuft sich auf 3500 und die Zahl der Verwundeten auf über 12 000. Alle Spitäler, ein Dutzend Schulen, sowie zahlreiche Privathäuser, die in Krankenhäuser umgewandelt werden, sind überfüllt. In einem Stadtviertel blieben über Tausend Tote in einer Nacht bis zum nächsten Morgen auf den Straßen liegen, bis die Behörden den Befehl geben die Leichen zu sammeln und zu beerdigen.

Die Judenmeileien nehmen ungefähr ihren Fortgang.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß das russische Heer nicht mehr ausreichend für revolutionäre Einschlüsse ist. Diese Tatsache dürfte nicht wenig dazu beigetragen haben, daß das Zarenkönigreich erüthert. Von russischen Offizieren ist an ihre Kameraden folgender in Russisch verfaßter Aufruf ergangen: „Kameraden! Wir erfordern einen härteren und erstaunlichen Willen der inneren Politik unseres Vaterlandes. Bei einer solchen Reihe von unheilvollen Ereignissen, die mit Würde und Ernst vorübergegangen und alle Schichten unserer Gesellschaft von den tiefsten Tiefen bis zu den höchsten Höhen erschüttert, obseits als feindselig und feindnahmlosen Zuschauer zu stehen, ist zum zwecklosen unehrenhaft. Eine jede Gesellschaftsklasse unseres Vaterlandes bei ihrer Existenz gestellt, daß Kämpfer für die gemeinsame heilige Tugend und jetzt unantastbare Sache, die bei Befreiung unseres Vaterlandes das kabarettistische Bildnis der Sittenlosen, überlachten, hyperbolischer, geistig und moralisch überzeugter Tüchtigkeit ihres Königs und seiner Stellung vor dem Frieden — dem Kaiser, Dienst und Selbstbehauptung in der Compagnie — bis zum Feindberichtsmaß, von dem Befehlshaber, der „Kriegerkönig“ für unfehlbare „Kämpfer“ nimmt, bis zum Polizeigewaltigen, der „Kriegerkönig“ je nach dem Stand erachtet werden, von dem Kaiser, der die Sache bereitst, bis zu dem Kreatur, der die Kriegerkönige in Angst erzittert und 130 Millionen Menschen religiös und politisch mischt, und deren Name Hoffnung ist ... Und das gilt jetzt in jüngster Zeit.

Ganz Europa erheit unter dem Eindruck der unerhörten Verstümmelungen. Habt ihr, Vertreter der wohlorganisierten, ungeheuren Macht, wir schaue immer noch in unserem mit einer Kruste bedeckten Sumpf der Kästen interessierten, kleinstlichen bürgerlichen Intrigen, Liebhaber, Hobbies, Restaurationsaufsätze, Werbetätigkeiten, einer kleinen Generation! Kameraden! Wir spielen eine abschreckende, unverbürgte Rolle. Wir, die wir auf unsere Offiziere sehr so stolz sind, wir, die wir an der Spur der bemächtigten Macht des Landes stehen, das uns den Schutz der Haftanstaltarbeit des Reichsterritoriums, die moralischen und materiellen Interessen der Nation vertraut hat, wir, die wir in unserem Berufe die Fahne der ritterlichen Tugenden, Schutz dem Schwachen, Unterstützung der Geschäftlichkeit, des Rechts und der Gerechtigkeit im Lande selbst hochhalten sollen, was sind wir jetzt? Bohm sind wir in der letzten Zeit durch unsre gänglich zertrümmerte Regierung gebracht worden, die nur noch aus einem Häuflein der infolge unserer unverhältnismäßigen Unterflügung allwütiger Kreaturen, Höllinge, Hintermauerläufer und einem Polizisten, mit dem Schild in der Hand und der Nagazza im Seefischmarkt, an der Spur des Besetzts. Und einer solchen Regierung sollen wir dienen? Einer Regierung, die baukrot und auf allen Positionen der inneren und äußeren Politik geschlagen ist, einer Regierung, die uns nicht nur als Offiziere der Armee, sondern auch als Menschen beschimpft und erniedrigt und durch ihre Farce, Tollkühigkeit, Niederträchtigkeit und Gemeinhheit ihrer Seele uns beleidigt und sich nur im Moment der äußersten Verwirrung und Kopflosigkeit hinter unseren Bajonetten und Karabinen verbirgt. Ist denn eine solche Regierung unserer Unterflügung wert; eine Regierung von Polizisten, eine Regierung der Gewalt, der Willkür, des Raubens und des Mordens? Kameraden, genug! Desant Euch, erinnert Euch, wie man uns jede Minute auf Schritt und Tritt malträtiert. Es genügt die Andeutung irgend eines Halunken von Gardemännern oder Polizisten, daß das Publikum „unruhig“ sei, um uns demonstrativ auf die Straßen zu führen zur Verbüßung und Vergewaltigung der gegen die Regierung erbürteten Menge, die dann ihren Haß gegen uns zum Ausdruck bringt; man hält uns ununterbrochen unter Wasser, stellt uns unter die unkontrollierbare Macht der Polizei, die uns nach ihrem Belieben behandelt, als ob wir ihre Dienststellen, und zwar solche ohne Ehre und Schamgefühl, wären. Kameraden! Die in Bewegung geratene Leiche des Kolosse Selbsfürschaft können wir nicht wieder beleben, und alle unsere Bajonetten sind Null im Vergleich zu dem Bostkästchen. Laßt uns also das Ende der Selbstherrschaft nicht abwarten und, so lange es nicht zu spät ist, auf die Seite der Wahrheit, des Rechts, des niedergedrückten Volkes übergehen! Das Wohl des Volkes ist unser Wohl, das Glück der Nation ist unser Glück, ihr Unglück ist unser Unglück. Reichen wir also unserem jüngeren Bruder die Hand, vertreiben wir den gemeinsamen Feind, Beleidiger und Brüder gemessen! Kameraden, frisch auf!

So Finnland hat man das russische Regime fast abgeschüttelt und alles, was an russischen Beamten und Polizei vorhanden war, verjagt. Wie verlautet, haben russische Truppen die starke Festung Swaborg der finnischen Willkür übergeben. Nach Verhandlungen zwischen den konstitutionellen und der Arbeiterpartei hat diese ein Ultimatum veröffentlicht, in dem sie mittelt, daß sie eine provvisorische Regierung wählen und der konstitutionellen Partei zwei Sitze in dieser anbieten wolle. Die Konstitutionellen haben es indessen abgelehnt, an einer solchen Regierung teilzunehmen.

Jawohl, hat auch der Zar eingeleckt; er hat ein Manifest erlassen, das besagt: Kunst des Gesetzes über den finnischen Landtag vom 25. April 1869 beschlossen, am 20. Dezember 1905 in Helsinki einen außerordentlichen Landtag zu eröffnen, der folgende Fragen beraten soll: 1. Anträge über die Ausgaben in den Jahren 1906 und 1907, zeitweilige Steuer und eine Anleihe zum Zwecke des Balzes einer Eisenbahn. 2. den Entwurf eines neuen Grundgesetzes für die Volksvertretung von Finnland auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und unter Einführung der Verantwortlichkeit der lokalen Behörden gegenüber den Vertretern der Nation; 3. den Entwurf eines Gesetzes über die Freiheit der Presse, Verbesserungen und Vereinigungen und Vereine. Wir erwarten von allen die genaue Ausführung unseres Befehls. Das Manifest ist aus Peterhof, den 4. November, datiert und vom Minister für Finnland, Leder, gezeichnet. — Weiter hat Nikolaus ein Manifest an Finnland erlassen, in dem er die Wahlen am 24. November gegen Finnland aufhebt. „Väterchen“ hofft, daß durch diese Maßnahme die Bande zwischen dem finnischen Volk und ihm verstärkt werden. Wenn die Hoffnung nicht wär . . .

Oesterreich-Ungarn.

Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht haben in den letzten Tagen aufgezogen in Prag und Wien in Kladrub, Pardubitz und Triest statt, die sämlich einen großartigen Verlauf nahmen. Die Polizei war in diesen Städten verhältnisweise als in Prag; deshalb verlor auch alles in bester Ruhe und Ordnung.

Die Obstruktion der Eisenbahner soll auf das ganze böhmische Eisenbahnnetz und die österreichischen Staatsbahnen ausgedehnt werden. Jawohl, verlautet, daß Verhandlungen zur Beendigung der Obstruktion schwelen.

Montenegro.

Als Vorbild schwelt jedersfalls dem „Herrscherr“ von Montenegro, Nikolaus, sein großer Namensvetter in Jugland vor. Er richtete nämlich an das montenegrinische Volk eine Proklamation, in der er die Freiheitsliebe, den Unabhängigkeitsgeist, die Heldenmütigkeit, die Vaterlandsliebe der Montenegriner hervorhebt, die Abhaltung starker Deputiertenwahlen anordnet und die Genehmigung der Wahllokale auf das Saat Nikolausfest, den 6. Dezember, festlegt. Er bewilligt dem Volke aus eigener Autriebe gewisse Rechte an der Mitarbeit in den fürgelegten Städten und der Verwaltung des Landes. — Besiegt der Herzog Nikolaus von Montenegro, das mit seiner „echten“

Herrschers veräussert vielleicht fürzter Broich gemacht würde, wie mit der des großen Koloss von Niedland?

England.

Die Not der Zeit. Eine ungemeine Menge war gestern am Chemieland versammelt, um Geuge des Aufzuges der Arbeitslosen Deputation zu Lord Balfour zu sein. Der Zug bestand aus mehreren tausend Personen. Viele trugen ihre Kinder. Vor dem Zuge schrie eine Moskopolle, welche die Markekkatze spielte. Auf den Bananen, die die Arbeitslosen mit sich führten, standen die Worte: „Hebe für die Männer. Brot für die Kinder!“ Die Antwort Lord Balfours befriedigte die Deputation nicht.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 7. November 1905.

Achtung Bürgerschaftswähler und Parteigenossen! Am kommenden Donnerstagabend 8½ Uhr finden in den Lokalen „Waisenhaus“, Tackenburger Allee und „Wakenitz-Belle Vue“ zwei öffentliche Bürgerschaftswählerversammlungen statt. Es ist Uebersicht der Genossen, für einen zahlreichen Besuch dieser Versammlungen, in denen selbstverständlich völlige Redefreiheit herrscht, zu agitieren.

Im Sozialdemokratischen Verein, der gestern Abend seine regelmäßige Monatsversammlung im „Vereinshaus“ abhielt, eröffnete Genosse Bloog zunächst den Bericht von dem Schleswig-Holsteinischen Parteitag. Wir können uns eine Wiedergabe der Ausschüsse des Referenten ersparen, weil wir s. Bt. einen ausführlichen Bericht von dem Parteitag veröffentlicht haben. — Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen wiss. Genosse Stelling zunächst darauf hin, daß noch ziemliche Unclarität darüber herrsche, wer wahlberechtigt sei. An den diesjährigen Bürgerschaftswahlen teilnehmen könne jeder, der das Lübeckische Bürgerrecht besitzt und während der letzten vier Jahre (vom 1. April 1905 ab gerechnet) in Lübeck regelmäßig Steuern bezahlt habe. Die Teilnahme an der Wahl sei nicht mehr abhängig gemacht von der Besteuerung eines bestimmten Einkommens. Der 1200 Mark-Zensus sei also gefallen; dafür aber habe man bekanntlich erst- und zweitklassige Bürger geschaffen. Zu den ersten gehören diejenigen Bürger, die während der letzten 3 Jahre durchschnittlich mindestens 2000 Mark versteuert hätten; zu den letzten alle übrigen steuerzahlenden Bürger. Diejenigen Bürger, die sich früher das Bürgerrecht erkaufte hielten, unterlagen bestmöglich des Wahlrechts gleichfalls den vorliegenden Bestimmungen. Weiter bemerkte Redner, daß die Wahllokale für die zweite Abteilung außerordentlich ungünstig bestimmt seien, ganz abgesehen davon, daß sie überhaupt angefangen der großen Zahl der Wähler gar nicht ausreichend seien. So müssten z. B. im Marien-Magdalenen-Quartier und St. Lorenz-Nord (Wahllokal: Luck, Schwartauer Allee 69 a) 181 Wähler in einer Stunde ihr Wahlrecht ausüben, wenn alle eingetragenen Wähler zur Urne gingen. Das sei ein Ding der Unmöglichkeit. Deshalb forderte die Beschränkung in der Zahl der Wahllokale zum schärfsten Protest heraus. Redner richtete an die Genossen die dringende Mahnung, wenn irgend möglich, schon in den Vormittagsstunden den ihr Wahlrecht auszuüben, damit die Mittagsstunden für diejenigen Wähler freibleiben, deren Arbeitsverhältnis ihnen die Wahl während der Vormittagsstunden nicht ermögliche. Mit einem Appell an die Genossen, eine energische Agitation für die Bürgerschaftswahlen zu entfalten und alle Kräfte anzuspannen, schloß Redner. An der Diskussion beteiligten sich in hervorragender Weise die Genossen Schröder, G. Schlers und Neupert. — Im Verschiedenen wurde zunächst Genosse Lüth als Distriktsführer für den zweiten Distrikt bestätigt. Sodann stand ein Antrag des Genossen Bahmel zur Annahme, nach welchem eine rege Agitation für den „Volksboten“ und den sozialdemokratischen Verein entfaltet werden soll. Nach langerer Debatte wurde ein Antrag des Genossen Effinger, für dieses Jahr noch einmal die Agitationskosten für den 1. medlenb. Kreis zu bezahlen, abgelehnt. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Bürgerschaft beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung zunächst mit dem Senatsantrag betr. Ausbau des Fachtchaisens in Travemünde. Dieses Projekt stand natürlich die Zustimmung der Bürgerschaft, da es ja einzig und allein im Interesse der bestgestellten Bevölkerungsklassen liegt. Biehl, ein eifriger Segler vor dem Herrn, stand selbstverständlich, daß der Antrag auch im Staatsinteresse liege; inzwischen vergaß er jedoch anzugeben. Derselbe Redner trat sodann noch für eine bessere Bahnverbindung zwischen Lübeck und Travemünde ein, was wieder den Eisenbahngewaltigen, Geheimrat Brecht in Harnisch brachte. Die in letzter Zeit gegen die Bahnverwaltung erhobenen Angriffe suchte er dadurch zu entkräften, daß er sie Fleigleinen nannte. Jedenfalls eine sehr bequeme aber wenig überzeugende Art, einen Gegner zu widerlegen. Von Jenne wurde gewünscht, daß die geforderte Summe ins Budget eingestellt werden solle. Schließlich wurde der Senatsantrag unverändert angenommen. Dasselbe geschah mit dem Senatsantrag betr. Errichtung der Stelle eines geprüften Zeichenlehrers am Lehrerseminar. Die Stelle soll nächstes Ostern bestellt werden. Das Gehalt beträgt 2600 Mark, steigend in 20 Dienstjahren bis zum Höchstbetrag von 4200 Mt.

Der Senatsantrag auf Unterstellung der katholischen Schule durch eine staatliche Beihilfe von 3000 Mt. rief zunächst Herrn Schulmerich auf den Plan. Derselbe hielt eine längere Rede, in der er eines Teils dafür eintrat, daß die katholischen Kinder augleich mit den Kindern evangelischer Eltern in derselben Schule unterrichtet werden sollen, andernteils jedoch auch die Bewiligung der vom Senat beantragten Summe an die katholische Gemeinde befürwortete. Pastor Evers trat vom Standpunkt der Toleranz für den Senatsantrag ein; ebenso Dr. Becker. Hauptlehrer Boedecker befürwortete die konfessionelle Volksschule. Das berechtigte Streben der Bremer Lehrer, den Religionsunterricht aus der Schule verschwinden zu lassen, scheint auf die Lübecker Lehrerschaft keinen Einfluß ausgeübt zu haben. Die Religion muß den Volksschulen erhalten werden, lautet leider noch ihre Devise. Mit Recht wurde auf den Gegensatz hingewiesen, der zwischen den Volksschulen und den höheren Schulen besteht. Die Volksschulen werden konfessionell gesondert, während an dem Unterricht in den besseren Schulen Kinder aller Konfessionen gemeinsam teilnehmen können.

Schließlich wurde der Senatsantrag angenommen; ebenso ein Senatsantrag auf Erweiterung der Kesselanlage des städtischen Elektricitätswerkes. Kosten 41000 Mt.

Eine lange Debatte zeitigte der Senatsantrag betr. Ankauf der Grundstücke Holstenstraße 25, 27, 29, 31 und 33 und Verkauf des für die Straßenverbreiterung nicht erforderlichen Teils dieser Grundstücke. Der Kaufpreis beträgt 534000 Mark und der Verkaufspreis der Restgrundstücke 350000 Mark, so daß der Staat durch die Verbreiterung der Straße 184000 Mt. verlieren würde. Hierzu liegt eine Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins und des Detaillistenvereins vor. Die Vereine beantragen, dem Senatsantrag betreffend den Ankauf der Häuser Holstenstraße 25, 27, 29, 31 und 33 und den Verkauf des zur Straßenverbreiterung nicht erforderlichen Teils dieser Grundstücke nur bezüglich des Ankaufs der Häuser die Zustimmung zu erteilen und wegen des Verkaufs dieser Grundstücke den Senat zu ersuchen, der Bürgerschaft eine neue Vorlage zu unterbreiten, nachdem zuvor eine öffentliche Ausschreibung des Verkaufs mit der Bedingung erfolgt ist, daß auf dem Grundstück mindestens drei Einzelgeschäftshäuser errichtet werden.“ Zu Beginn der Beratung über den vorstehenden Antrag machte Senator Dr. Schön die Mitteilung, daß das Angebot, welches für die Restgrundstücke abgegeben ist, auf 400000 Mark erhöht sei. In der Debatte trat hauptsächlich die Befürchtung auf, daß an der Stelle ein Warenhaus errichtet werden solle, und um dieses möglichst zu erschweren, stellte sogar Amt den Antrag, einen Ertrag an den Senat zu richten, daß das Polizeiamt angewiesen werde, bei Bauten, welche zu Warenhauszwecken dienen sollen, die Baueraubnis so zu erteilen, daß der Detailhandel auf die Bäckerei und die Räume des ersten Stockes beschränkt bleiben muß. Dieser Antrag ging sogar der Mehrheit der Bürgerschaft zu weit und so wurde der selbe abgelehnt. Schließlich wurde der zweite Teil des Senatsantrages betr. Verkauf der Restgrundstücke abgelehnt und dafür ein Antrag Dr. Beusa angenommen, der verlangt, daß das Finanzdepartement ermächtigt werde, die Grundstücke bestmöglichst, sei es getrennt oder zusammen, zu vermieten, vorausgesetzt, daß der Preis nicht unter 400000 Mt. beträgt und die gleichen Bedingungen wie in dem vorliegenden Kaufangebot genutzt werden. Ferner gelangte ein Antrag Dr. Görz zur Annahme, wonach der erforderliche Kaufpreis aus dem Kapitalfonds des Staates entnommen werden soll, soweit er nicht durch den Verkauf verbraucht wird. Darauf wurde die Versammlung der Bürgerschaft gegen 10 Uhr geschlossen.

Der Vortracer von Kirchfeld, Unzengrubers ergreifendes Volksstück, wurde am Sonnabend in der Stadthalle vor einem leider nicht allzu zahlreichen Publikum aufgeführt. Echt und lebenswahr, ohne alle theatralischen Mätzchen gab Herr Jakob den menschlich empfindenden Pfarrer Hell, dem das Priesterkleid vermehrt, dem Zuge seines Herzens zu folgen. Natürlich und schlicht war Dr. Leithner als Anna Birtmeier. Den mit sich und allen Menschen zerfallenden Wurzelzapp brachte Herr Brandt trefflich zur Geltung. Von den übrigen Mitwirkenden bewiesen die Herren Schäfer und Poetter, daß sie es nicht verstanden hatten, in den Geist ihrer Rolle einzudringen.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Oktober ein: Einkommensteuer 29312,88 Mt., an Gewerbesteuer 12151,07 Mt., Veräußerungsabgabe 22059,61 Mt., Stempelabgaben 11175,70 Mt., Schiffssabgaben 46943,87 Mark, zusammen 121643,13 Mt. gegen 174143,02 Mt. im Vorjahr. Vom 1. April bis Ende Oktober gingen insgesamt 1946584,23 Mt. ein, während in der gleichen Zeit des Vorjahres 1947052,56 Mt. oder 40468,33 Mt. mehr eingenommen wurden. Vom 1. April bis Ende Oktober gingen insgesamt ein 1946581,23 Mt. gegen 1987052,56 Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahrs, das sind 40468,33 Mark weniger.

Der Kranken- und Sterbefall der Bürgerschaften und verwandten Berufsgenossen in Lübeck eingetriebenen Klasse Nr. 19, welche einen Nachtrag zu ihrem Kassenstatut zu erlassen beschlossen hat, ist vom Senat nach § 75a des Krankenversicherungsgesetzes vom 10. April 1892 die Bescheinigung erteilt worden, daß sie vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, auch nach Erlass dieses Nachtrages den Anforderungen des Gesetzes genügt.

Das Schwurgericht verhandelte gestern unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den Maurergesellen Küpp in Malente, welcher versucht haben soll, am 13. Juni in Maltwitz ein Dienstmädchen zu vergewaltigen und zwei Zeugen dieses Vorfalls körperlich mißhandelt zu haben. Die Geschworenen verneinten die Schulfrage und erfolgte demgemäß die Freisprechung des Angeklagten.

Strafenverfall. Die Fackenburger Allee vom Lindenplatz bis zur Schwartauer Allee wird vom Montag, den 6. d. Mts. ab während der Dauer ihrer Umgestaltung für den Fuhrwerks- und Fahrradverkehr gesperrt. Der Fuhrwerks- und Fahrradverkehr wird vom gleichen Tage ab durch die neuanglegte Straße über den Lindenplatz geleitet.

Azitizgeplätzige Krankheiten wurden im Monat Oktober gemeldet: 4 Fälle an Diphterie, 7 Masern, 4 Scharlach, 3 Typhus, 1 Wechselseiter- und 1 Wochenbettfieberfall. Eine Scharlacherkrankung verlor tödlich.

Stadttheater. Morgen findet das letzte Gastspiel des lgl. württembergischen Hofchauspielers Emil Richard statt. Zur Aufführung gelangt letztmalig als Volksvorstellung zu einem Einheitspreise von 50 Pt. pro Platz das humorvolle Volksstück mit Gesang „Lübeck in New York“ von Adolph Philipp. Donnerstag wird neu einstudiert. Zar und Zimmermann gegeben werden, während Freitag die erfolgreiche fantastische Oper „Hoffmanns Echallungen“ zum vierten Male wiederholt wird. Sonnabend geht als Schüler-Vorstellung anläßlich Schillers Geburtstag „Wilhelm Tell“ zu kleinen Preisen in Szene.

Im Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde findet am Donnerstag, den 9. November, abends 8½ Uhr, im „Konzerthaus Fünfhausen“ einen Frauenvortrag statt. Herr Dr. Obermeier spricht über das Thema: „Frauentrankeiten, deren operative und operationslose Behandlung“. Ein vollbesetztes Haus wird sicher zu verzeichnen sein.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Rostock, der in einer hiesigen Herberge einen fremden Bürgersellen einen Spazierstock und eine Photographic stahl. Ein grüner vierciffiger Spazierstock, der vermutlich auch von einem Diebstahl herriß, wurde noch bei dem Festgenommenen gefunden. Bei näherer Feststellung seiner Personaleinheiten wurde schließlich bemerkt, daß man es mit einem Flüchtigen zu tun hatte, der seitens der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft in Rostock wegen schweren Diebstahls strafrechtlich verfolgt wird. Ein anderer Arbeiter, der dringend verdächtig ist, an dem Diebstahl beteiligt zu sein, wurde ebenfalls festgenommen.

pb. Uhrendiebstahl. Einem Scherenschleifer wurde am 4. d. Mts. in einer hiesigen Herberge eine Nadelzylinder-Uhr gestohlen. Verdächtig, den Diebstahl ausgeföhrt zu haben, ist ein fremder Schlachtergeselle, der sich von hier entfernt hat.

Moisling. In der Kirchengemeinde Moisling, St. Nikolai am 29. Oktober 1905 schreibt man uns: Bisher haben sich die Gemeinden Moisling, St. Nikolai und Moorgarten nicht um diese Kirchenwahlen gekümmert, und sind daher die Vorstandsdörfer Genin, Ober- und Niederblüssen und Borrade. Auch jetzt hätte man sich nicht um diese Ehrenposten bemüht, wäre es den Herren der Kapiteldörfer nicht eingefallen, die Bewohner von Moisling zu wählen. Nun mußten sich diese in ihrer Haut wehren und die Quittung ist, daß vorerst 3 Ausschußmitglieder von Moisling mit großer Majorität gewählt worden sind. Diese drei bedeuten allerdings noch nicht viel, da noch mindestens 10 Gegner vorhanden sind. Aber Geduld, wenn die Zeit kommt, dann kommt Nachschub. Vor 35 Jahren da sagten die Herren aus den Kapiteldörfern, als ihnen seitens des Staates genehmigt wurde, mit den übrigen Dörfern in einen Gesamt-Armenverband zu treten, ganz entschieden Nein, da wollten sie namentlich mit Moisling nichts zu tun haben. Jetzt wollen diese Herren jedoch ihre Kirchenlasten gern an Moisling abladen; die ungeheuren Armenlasten aber kann Moisling be halten. Ferner wundert die privilegierten Herren sich darüber, daß bei dieser Wahl keine Wahlliste vorhanden war. Man sieht daraus, wie traurig es in diesem priviliierten Kapiteldörfern aussieht. Aber daran denken die Herren des Vereins der Landarbeiter wohl nicht, daß Herr Maack-Borrade und Herr Guhl nur den Herrn Küster Blanckhaar auf das Kirchenlasten-Sammelbuch aufmerksam zu machen brauchten, denn wer Lasten zahlen muß, hat doch jedenfalls auch Stimmberecht; es hätte ja auch nur die Frau des Glodenluters Regel geholt zu werden brauchen, die das Einnahmen der Kirchenlasten so sorglos versteht, die hätte doch gewiß alle Wähler legitimieren können. Früher hielt sich der Herr Küster nicht zu gut dazu, diese Gelder einzusammeln, jetzt natürlich spielt ein Küster mit seinem Höchstgehalte als Lehrer von 3100 Mark, freier Küsterwohnung und den üblichen Pfänden eine bedeutende Rolle und deshalb wird ihm dieses Einnahmen wohl nicht behagen. Besser wäre es jedoch, wenn er es täte, denn dann würde er alle Gemeindemitglieder kennen. Hoffentlich zeigt der Ausschall der Kirchenausgeschwörer den Domkapitelherren, daß die Gemeinden Moisling usw. nicht gewillt sind, sich die Lasten aufzubürden zu lassen, die nach Zug und Recht von andern zu tragen sind.

Berkenhusen. Feuer. Freitag abend entstand hier schon wieder ein Feuer. Es brannte der kleine mit Stroh gedeckte Katen des Halb-Hufners Goden. Bewohnt wurde derselbe von dem Zigarettenfabrikanten Ludwig Städlander, dessen eigenes Wohnhaus erst in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober d. J. gleichfalls durch Feuer zerstört wurde. Von dem Inventar ist nichts gereitet. Zwei Tiere und eine Giege kamen gleichfalls in den Flammen um. Vermutlich liegt Brandstiftung vor.

Hamburg. Blutatt einer Wahnsinnigen. In der Nacht zum Montag zwischen 3½ und 3¾ Uhr wurden die Haushalten des Lehres König in der Nennbahnstraße in Horn, der Inhaber eines Zigarettenladens Christopher Jissen und seine Familie, durch mehrere Schüsse aus dem Schlag geschreckt. Nachdem Herr Jissen durch die Hülserufe des Herrn König erfahren hatte, daß die Schüsse in dessen Wohnung gefallen seien, eilte er hinauf und stand hier Herrn König im Kampf mit seiner vom Verfolgungsmohnsinn befallenen Frau, beide in Nachtgewändern, um den Besitz eines Revolvers, den Frau König schamhaft in der Hand hielt und aus dem sie die Schüsse abgegeben hatte. Es gelang schließlich den vereinten Streitästen der Männer, der Wahnsinnigen die Schußwaffe zu entwinden und sie zu bewegen. Dabei stieß sie mit grauenhafter Wache des Wahnsinns die Worte hervor: „So, nun fängt ihr mir mein Kind nicht mehr rauben: nun habt euch alle totgeschossen!“ Frau König war um 3½ Uhr heimlich aufgestanden, hatte den geladenen Revolver ihres Mannes aus einer Schiebleide genommen, war leise zu dem Bett ihrer Tochter, die bei der Familie zu Besuch weilt, geschlichen und hat dann der Schlafenden eine Kugel in den Kopf geschossen, wodurch der Tod anscheinend sofort eingetreten ist. Darauf sprang Herr König, durch den Knall des Schusses wach geworden, sofort hinzu und versuchte seine Frau zu packen. Ehe ihm das gelang, hatte Frau König noch mehrere Schüsse abgefeuert. Ein Geschöß drang in eine Tür, zwei andere verlegten Herrn König im Rücken. Die ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß es nur Streischüsse sind, die den Verletzten nicht einmal zwingen, das Bett zu hüten. Die Wahnsinnigen entwenden der Irrenanstalt Friedrichsberg gebracht.

Hamburg. Blutatt einer Wahnsinnigen. In der Nacht zum Montag zwischen 3½ und 3¾ Uhr wurden die Haushalten des Lehres König in der Nennbahnstraße in Horn, der Inhaber eines Zigarettenladens Christopher Jissen und seine Familie, durch mehrere Schüsse aus dem Schlag geschreckt. Nachdem Herr Jissen durch die Hülserufe des Herrn König erfahren hatte, daß die Schüsse in dessen Wohnung gefallen seien, eilte er hinauf und stand hier Herrn König im Kampf mit seiner vom Verfolgungsmohnsinn befallenen Frau, beide in Nachtgewändern, um den Besitz eines Revolvers, den Frau König schamhaft in der Hand hielt und aus dem sie die Schüsse abgegeben hatte. Es gelang schließlich den vereinten Streitästen der Männer, der Wahnsinnigen die Schußwaffe zu entwinden und sie zu bewegen. Dabei stieß sie mit grauenhafter Wache des Wahnsinns die Worte hervor: „So, nun fängt ihr mir mein Kind nicht mehr rauben: nun habt euch alle totgeschossen!“ Frau König war um 3½ Uhr heimlich aufgestanden, hatte den geladenen Revolver ihres Mannes aus einer Schiebleide genommen, war leise zu dem Bett ihrer Tochter, die bei der Familie zu Besuch weilt, geschlichen und hat dann der Schlafenden eine Kugel in den Kopf geschossen, wodurch der Tod anscheinend sofort eingetreten ist. Darauf sprang Herr König, durch den Knall des Schusses wach geworden, sofort hinzu und versuchte seine Frau zu packen. Ehe ihm das gelang, hatte Frau König noch mehrere Schüsse abgefeuert. Ein Geschöß drang in eine Tür, zwei andere verlegten Herrn König im Rücken. Die ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß es nur Streischüsse sind, die den Verletzten nicht einmal zwingen, das Bett zu hüten. Die Wahnsinnigen entwenden der Irrenanstalt Friedrichsberg gebracht.

Hamburg. Ebedramma. Am Sonnabend abend traf der in der Borgfelderstraße wohnende Beamte Schönnagel seine von ihm getrennt lebende Ehefrau in der Hasselbrookstraße. Ohne besondere Veranlassung fiel er über die Frau her und versetzte ihr mehrere Schüsse mit einem langen Messer. Die Frau brach blutüberströmt zusammen. Der Täter wurde von einigen Passanten festgehalten und einem Schuhmann übergeben. Der Zustand der Frau ist besorgniserregend. Sie hat mehrere Schüsse in der linken Wade, im Kopf und im Nacken. Nachdem sie notdürftig verbunden war, wurde sie in das St. George Krankenhaus gebracht. — Des Verbrechens gegen das Kind im Ende des Lebens und der schwärmigen Liebe soll sich eine 42jährige Witwe in Hamm schuldig gemacht haben, die eine Frau in Behandlung genommen hat, welche an den Folgen dieser Behandlung gestorben ist. Es ist eine Legalaktion der Leiche angeordnet. Die Witwe hat man verhaftet.

Segeberg. Reichstagwahl. Die Freisinnigen haben jetzt Dr. Struve-Kiel einstimmig als Kandidaten aufgestellt. — Feuer. In der Nacht zum Sonntag wurde das in der Hamburgerstraße belegene Hotel „Carmona“ ein Raub der Flammen. Das Feuer entstand um 2 Uhr auf der Theatersbühne und verbreitete sich schnell über das ganze Gebäude, das vollständig ausbrannte; eine Scheune blieb stehen und ein Teil des Inventars konnte gerettet werden. Das Gewebe befand sich in Wacht, es gehörte dem Hofbäcker Beckmann in Strukdorf und war bei der Landesbrauerei mit 35000 Mark versichert.

Neumünster. Parteidirektor für die Provinz Schleswig-Holstein. Die Siebener-Kommission, die auf dem Elmshorner Parteidirektor gewählt und mit der Aufgabe betraut wurde, die Stellung eines befehlten Sekretärs für die Provinz Schleswig-Holstein auszuzeichnen und unter den Bewerbern die Wahl zu treffen, hat am Sonntag die Wahl vorgenommen. Gewählt wurde der Genosse Bartels-Hamburg, der gegenwärtig Gauleiter des Maler-Berndes in Hamburg ist.

Niels Lohnbewegung der Schlächter. Am Mittwoch fand im "Stoßfesteum" eine Extra-Mitgliederversammlung des Schlächterverbandes statt, in der die Kommission die Forderungen vorlegte, die den Meistern unterbreitet werden sollen. Die Forderungen lauten: 1. Erneuerung der gesetzlichen Bestimmungen betreffs der Sonntagsruhe. 2. Nach erfüllter Arbeit darf keine Einschränkung der freien Zeit der Arbeiter eintreten. 3. Regelung der Arbeitszeit durch eine Kommission, zusammengesetzt aus Meistern und Gesellen. 4. Regelung des Arbeitsnachweises, des Herbergs- und Logismesens. Diese Forderungen wurden von der Versammlung gutgeheissen.

Niels. Bei einer kürzige Streikversammlung wurde ein Tischler, der während des Streiks vor einem arbeitswilligen Berufskollegen ausgespielt und ihm dabei zugeschaut hatte: "Psui, Du Streitbrüder!" mit Rücksicht auf die bei solchen Gelegenheiten herrschende Eifersucht mit 3 Mk. bestraft. Eine vollständig genügende Sühne für solche "Vergehen", die leider von weniger kaliblütigen Richtern häufig mit ganz exorbitanten Gefängnisstrafen geahndet werden.

Rostock. Lohnbewegung der Arbeiter der Neptune werft. Eine Versammlung beschäftigte sich mit den Differenzen wegen Nichterfüllung des Tarifvertrages seitens der Neptune-Werft. Im Schiffbau ist der Tarifpreis für Kohlenbunker und in der Montage ist den Arbeitern der Stundenlohn nach dem Tarifvertrag zu nie-

Für die uns erwiesenen Glückwünsche anlässlich unserer Hochzeit sagen hiermit unten herzlichsten Dank.
E. Dietz und Frau,
Emilie, geb. Sänger.

Es dankt für die Unterstützung der Kollegen der Kesselschmiede der Lübecker Maschinenbaugesellschaft
J. Gloy.

Zu vermieten zum 1. Januar eine Wohnung an einzelne Leute
Wakenitzmeyer 8.

Das Hons Böttcherstraße 7
ist ganz oder geteilt zu vermieten. Näheres
Böttcherstraße 6.

Gesucht zum 1. Dezember 1905
ein Mädchen.
C. Storm, Schönköthen Chaussee.

H. Mews, Glasermeister,
jetzt: Böttcherstraße Nr. 6.

Wichtig zum Schweigemösten

Schacks Patentaschrot.
Schweine, welche damit gefüllt, erhalten die
ersten Preise auf der National-Ausstellung in
Hamburg. Zu haben bei Aug. Kost, Frucht-
burg, Fleiß- und Feinkosthandlung

Ba. dicke Flöcken,
- Braunschweiger Leberwurst,
- Leberwurst.
P. Lehsten, Mühlenstraße 8.

Gämtliche
Brennmaterialien
zu billigen Preisen erhältlich
Joh. Piel, Warendorferstraße 41.

Ein morgen mit
primärem Fleisch
in der Markthalle.
Hermann Dose
Markthalle.

Ziegenfleisch
Markthallestand 31. — J. Möller.

AUG. BREUER,
Markthalle,
Sparer 22.
Geschenk 22.

Atelier für Zahntechnik
und Zahnpflege.
H. Schreiber, Wenzel 8.

Generberügerung —

Leitung A. Beßmann, Friederich 47.



drig berechnet worden. Das in dieser Sache thäufig an-gerufene Rostocker Gewerbegericht stellt sich auf den seltenen Standpunkt: "Die Sache geht uns, so lange kein Streik droht, nichts an." Es haben dann wiederum Beratungen stattgefunden, und auch der Rat der Stadt ist interpelliert worden, nihts half es. Wenn der Preis für die Arbeiten nicht erhöht wird, wird es nun zur Arbeitsniederlegung kommen. Zur Lohnbewegung der Pastoren, ähnlich wird den kommenden Samstag auch der Antrag, betreffend Lohn erhöhung der Pastoren, beschäftigt. In den "Med. Nachr." wird nun Stim- mung gemacht für die "armen Pastoren". Damit die "Bolz-vertreter" es auch gar nicht vergessen, weil ihnen in dem Junferblatt in freundliche Erinnerung gebracht, daß Staat (sie: Agrarient und Kapitalismus) und Kirche zwei auseinander angewiesene Gottesordnungen seien. Das Gütsbesitzerparla-ment wird verstehen!

Hagenow. Ein betrübender Unglücksfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich in dem zum hiesigen Dominial-Anthe gehörenden Dorfe Stadelübbe auf dem dortigen Vorhof. In Abwesenheit des Oberförsters und des Jägers erschoß der 20jährige Knecht durch unvorsichtigen Harten einen mit dem Gewehr während des Badens das auf dem Vorhofe dienende Dienstmädchen, die Tochter des in demselben

Dorf wohnenden Schmiedes. Durch die hiesige Gen-darmerie wurde der Knecht verhaftet.

Baut. Schweres Unglück bei einer Feuer-wehrübung. Bei einer gemeinsamen Feuerwehrübung, welche die Bauter und die Wilhelmsbadener Feuerwehr am Sonntagmorgen an dem Bauter Rathause anstellten, brach eine Schiebleiter. Ein Werkstatter wurde getötet und zwei andere sind schwer verletzt worden.

Das Arbeitersekretariat

(unentgeltliche Auskunftsstelle für Jedermann) ist geöffnet an Wochentagen von 12-2 Uhr mittags und von 6-7½ Uhr abends. An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch Nachmittag geschlossen.

Achtung!

Kafnarbeiter (zentral).

Mitglieder- Versammlung am Freitag den 10. November.

- Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom Ball.
3. Wortbericht.
4. Weihnachtsvergnügen.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Gesang-Verein „Freiheit“

In der gestern veröffentlichten Tombolaziehungsliste muß es heißen Watt 682 602.

Wilhelmshöhe.

Großes Verfolgeln von setten Gänsen und Karpfen am Sonntag den 12. Novmbr.

Hierzu lädt freundlich ein
Ludwig Weiß.

Auspielen
von
setten Gänsen, Karpfen u.
Rindfleisch
auf einem Ziehbillard
am Sonntag, 12. Novbr. 0. J.
Anfang 11 Uhr morgens.
Einsatz 50 Pf., wofür 3 Stöcke.
Hierzu lädt ganz ergebnis ein
Franz Callies
Mittelstraße 20 a.

Konzerthaus
Fünfhausen.
Mittwoch den 8. November,
4 Uhr nachm.:
phono-kinematograph.
Vorführung
für Schüler.
Preise: 1. Platz 30 Pf., 2. Platz 20 Pf.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Etg.
Diese Woche ausgestellt:
Lübeck, Rostock,
Warnemünde.
Jeden Tag von 11-10 Uhr geöffnet.

Stadthallentheater.
Mittwoch den 8. Novmbr., 8 Uhr.
Zweite große Volks-Bestellung.
Jeder Platz 50 Pf.
Lübeck in New-York.
Donnerstag: Götz und Zimmermann.

Achtung Maurer!

Mitglieder- Versammlung am Mittwoch den 8. Novbr.

abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

- Tages-Ordnung:
1. Weihachtsfest.
2. Erledigung verschiedener wichtiger Betriebsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Die Versammlung wird präzise eröffnet.

Erinnerliches Gedächtnis für den gekauften Betrieb der Schule mit Ausstattung der Musikal. Bild und Rückwandplatte sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Schwartze: Erster: Schwarz - Und zweiter: Meyer & Sohn. - Erfolgreich in Südbad.

Beilage zum Lübeder Volksboten.

Nr. 262

Mittwoch, den 8 November 1905.

12. Jahrgang.

A n t w o r t.

Die Entgegnung von Eisner und Genossen unterscheidet sich von unserer Denkschrift, die nach ihnen die „Autorität der für den Konflikt und seine literarische Bearbeitung verantwortlichen Mitglieder des Vorstandes vernichten müßt“ — eine „Verachtung“, die der Parteivorstand fahrlässig auf sich nimmt — dadurch, daß unsere Denkschrift eine sachliche Darstellung der Vorgänge ist, um deren Auseinandersetzung es sich handelt, dagegen die Ausführungen der Eisner und Genossen an Rabauken und schwülstiger Propaganda nichts zu wünschen übrig lassen.

Für die Objektivität unserer Denkschrift spricht vielleicht mehr als lange Auszitieradereihungen folgende Epithete aus unseren Beratungen: Als am Montag, den 30. Oktober, Abends, nach gemeinsamer Beratung des Parteivorstandes mit der Pressekommission die Denkschrift in ihrem Wortlaut endgültig festgestellt — wobei jeder der Anwesenden ein gedrucktes Exemplar des Entwurfs in seinen Händen hatte — und darauf erstmals angemommen worden war, nahm das Mitglied der Pressekommission Genosse Brücke das Wort und erklärte dem Stände nach folgendes: Er sei, wie der Kommission und dem Parteivorstand bekannt sei, mit den Maßnahmen gegen die sechs Redakteure nicht einverstanden gewesen und sei es auch jetzt noch nicht. Er habe aber dennoch für die Denkschrift gestimmt, weil er anerkennen müsse, daß sie den Gang der Angelegenheit in allen Einzelheiten sach- und wahrheitsgemäß darstelle.

So ein Gegner unserer Maßnahmen, der von allem, was vorging, genau unterrichtet ist und unseren Verhandlungen beiwohnte.

Wenn in der Einleitung von Eisner und Genossen angegeben wird, Bebel sei von der Kündigung der sechs Redakteure Sonnabend, den 22. Oktober, Abends, noch so rechtzeitig unterrichtet worden, daß er gegen die Veröffentlichung Einspruch hätte erheben können, so ist das richtig. Genosse Bebel erklärt darauf, daß Genosse Gerlich ihn allerdings an jenem Abend durch Röhrebrief unterrichtet habe — den er gegen 9 Uhr erhielt, damit er am nächsten Morgen nicht durch die Erklärung der Sechs überrascht werde oder sie gar zu lesen übersehe. Er habe aber ebensoviel, wie die zwei Vorstandsmitglieder, die noch auf dem Parteibureau anwesend waren, als die Kündigung mit der Kündigung ihrer Veröffentlichung im „Vorwärts“ einsie, sich berechtigt erachtet, auf eigene Faust den Versuch zu machen, die Ankündigung zu verhindern.

Oder sollten die Mitglieder des Parteivorstandes von allen Enden Berlins für eine späte Nachprüfung zusammengetrommelt werden, weil die Sechs es so eilig hatten, der Welt ihren Beschuß, aus der Redaktion auszutreten, in sensationellster Weise zu verbünden, und es nicht über sich gewinnen konnten, bis zum nächsten Dienstag zu warten, nachdem auch die Berliner Parteifunktionäre in der Sache gesprochen hatten?

Hatte Bebel es versucht, so hätten die Sechs seinen Einspruch, als von einem einzelnen Vorstandsmitglied ausgehend, wahrscheinlich mit Hohlräumen zurückgewiesen und es wäre außerdem von denselben ein solcher Versuch als eine Anmaßung eines einzelnen, der das „persönliche Regiment zu etablieren unternehme“, dargestellt worden.

Wenn sich Eisner und Genossen in schwülstigen Darlegungen ergehen, die eines erhabenden Heigeschmackes nicht entbehren, über die Mission, welche die Sechs zu erfüllen bestrebt seien, um die Partei vor den bösen Einflüssen zu retten, die der Parteivorstand oder einzelne seiner Mitglieder geltend zu machen versucht hätten, so fordern wir fast unbestimmt zweideutiger Behauptungen und Verdächtigungen Beweise. So lange

diese Beweise nicht erbracht werden, bezeichnen wir diese Anschuldigungen und Verdächtigungen als Verleumdungen.

Die Forderung, den zwischen Eisner und Genossen und dem Parteivorstand geplagten Schriftwechsel in unverkürztem Wortlaut zu veröffentlichen, werden wir in dem uns dazu geeigneten Augenblick mit großem Vergnügen erfüllen. Ist doch unter anderem durch diesen Schriftwechsel der Kanal aufgedeckt worden, durch den die falschen Darstellungen über die Vorwürfe in der Kommission des Jenaer Parteitages in die „Berliner Volkszeitung“ gelangten. Bekanntlich behauptete die „Berliner Volkszeitung“, ihre Enthüllungen von einem hervorragenden Sozialdemokraten empfangen zu haben. Wir sind also bereit, die Auskünfte nach jeder Richtung zu fördern.

Gaben Eisner und Genossen die Denkschrift des Parteivorstandes, die, wie die Leser verjelben wissen, die Denkschrift des Parteivorstandes und der Pressekommission ist — wie machen die Parteigenossen auf diesen fortgesetzten angewandten Kniff der Sechs aufmerksam — als lang zuwähnlichlos, die mit dem Streitfall nichts zu tun habe (!!), so antworten wir: Den Genossen waren wir schuldig, darzulegen, wie der in Frage stehende Streitfall entstanden ist und warum wir in diesem so handelten, wie von uns gehandelt worden ist. Für die Sechs haben wir diese Darlegungen nicht geschrieben, denn sie berühren zu wollen, wäre zwecklos.

Zu dem Abschnitt „Das Verfahren der Prinzipien“ — wir haben diese Überschrift nicht verbrochen — sei folgendes bemerkt:

Allerdings hat der Parteivorstand auf jugs den Versuch machen wollen, zu verhindern, indem er drohte, durch eine Umgestaltung der früheren Redaktionsmehrheit zunächst die sichtbarsten Unrechtsfälle zu beseitigen. Das ist auch in unserer Denkschrift ausführlich dargelegt worden, es ist also keine Neuigkeit, welche erst Eisner und Genossen der staunenden Welt verblüfft mißt.

Es ist auch nicht richtig, daß der Parteivorstand „die Hauptschuldigen nicht ohne weiteres hinauswerfen wollte“, um im Stile von Eisner und Genossen zu reden. Der Vorstand bekannte aber heute, daß er sich in dieser Beziehung einer unverzerrlichen Schwäche schuldig gemacht hat.

Wie nimmt sich aber diese Anschuldigung, der Vorstand habe Haltlosigkeit und Unrechtsfreiheit gezeigt, mit der anderen Behauptung zusammen aus, daß dieser selbe Vorstand die Ursache alles Bösen sei und die großen Prinzipien der Meinungsfreiheit und wie all die schwülstig vorgetragenen Anklagen lantet, mit Füßen trete? Wollen die Sechs als Ankläger auftreten, warum so inkonsistent? Warum nennen sie nicht nur die Namen, sondern bezeichnen auch die Taten der Schuldigen, um sie zu fassen? Die Sechs machen sich mit ihrer sonderbaren Anklage und Verdächtigungstaktik nur lächerlich.

Wir können nur wiederholen, die Beweise für die unqualifizierten Verdächtigungen zu bringen, sonst müßten wir diese immer wiederkehrende Methode als schwülstig und niederschäbig bezeichnen.

Soweit Genosse Bebel wiederholt durch Nennung seines Namens in die Entgegnung der Sechs verwidert worden ist, wird dieser selbst an anderer Stelle das Wort ergreifen, um darauf zu dienen. Im weiteren lehnen wir es ab, hier auf die Vorgänge im einzelnen einzugehen, die, wie schon in unserer Denkschrift angeführt wurde, sich über Jahre erstrecken und uns schließlich zu dem Entschluß kommen ließen, eine neue Ordnung im „Vorwärts“ einzuführen. Die Sechs wünschen diese Darlegungen offenbar nur deshalb weit ausführlicher, um die Polemik ins Unendliche fortführen zu können.

Es ist weiter ein Versuch mit untauglichen Mitteln, aus

der Tatsache, daß die Abornenten des „Vorwärts“ sich in den letzten Jahren sehr erheblich vermehrt, zu schließen, daß kommt auf das Kontrario der Unzufriedenheit oder des Marcks an Unzufriedenheit der großen Mehrheit der Berliner Parteigenossen mit der Redaktion des „Vorwärts“. Die rasche Steigerung der Abonnenten ist in erster Linie und hauptsächlich auf die unausgesetzte Agitation der Berliner Genossen für den „Vorwärts“ und namentlich auf eine verbesserte Organisation der Kolportage zurückzuführen. Die Berliner Genossen betrachten eben den „Vorwärts“ trotz bäriger Missbilligung über seine Haltung in einer Reihe Fragen immer doch als ihr Blatt.

Eine Binsenwahrheit ist es auch, welche die Sechs aussprechen, daß, so lange der „Vorwärts“ lebt, er steht, manchmal sogar sehr heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen ist, die auch schon früher wesentlich dem Umstande geschuldet waren, daß die Redaktion eine geschlossene Einheitlichkeit — die erste Bedingung für ein Parteiblatt und eine gute Redaktion — vermissen läßt. Diese Unrechtsfälle haben sich aber nach unserer Ansicht nicht vermindert, sondern gesteigert und insbesondere sind sie mit ihrer längeren Dauer immer fühlbar geworden. Namentlich aber erforderte gerade die Rückicht auf die außerordentlich gewachsene Partei und den damit auch außerordentlich gewachsenen Kreis des „Vorwärts“ in weit höherem Grade als jemals eine geschlossene Stellungnahme in den wichtigsten die Partei berührenden Fragen und eine intensive Auflösung der Befreiungspunkt des historischen Materialismus, auf dem die Weltanschauung unserer Partei beruht.

Die Sicherung, daß die Redaktion des „Vorwärts“ wiederholt Parteikritiken mit den Waller Gräben gegen Anschuldigungen des Parteivorstandes oder des Genossen Bebel begonnen habe, so beim Breitenthal, so bei den Anregungen für die Tagessordnung des Bremer und Jenaer Parteitages, ist richtig.

Richtig ist aber, daß der Parteivorstand mit dem Genossen Bebel sich nicht präzisiert gegen die Bevölkerung eines Parteitages der preußischen Genossen erklärte, sondern nur Differenzen über den passenden Zeitpunkt der Einberufung bestanden. Der Parteivorstand vertrat die Ansicht, diesen Parteitag nicht eher einzuberufen, als bis die Schulvorlage — gegen die Stellung zu nehmen eine der Hauptaufgaben des preußischen Parteitages sein sollte — dem preußischen Landtag vorliege, damit man ihren Inhalt kenne und nun um so sachgemäßer gegen sie Stellung nehmen könne.

Was aber die Geburtsmandate der Redaktion für Anträge zur Erweiterung der Tagessordnung der Parteitage zu Bremen und Jena betrifft, so sei konstatiert, daß die Berliner Vertrauensleute sicher nicht der Anregung der Redaktion, auf die Tagessordnung des Jenaer Parteitages die Handlungen in der deutschen Weltpolitik zu legen, gefolgt wären, wenn die Redaktion ihnen mitgeteilt hätte, was jedoch anders ihre verdammt Pflicht und Gewaltigkeit war, daß die Redaktion den Parteivorstand mit keinem Wort davon unterrichtete, daß sie die Absicht habe, die Berliner Vertrauensleute zu bestimmen, die vor der Parteileitung (Vorstand und Kontrollkommission) abgelehnten Anträge des Genossen Grabauer für die Tagessordnung des Parteitages einzubringen.

Heute ist uns vollständig klar, was für Absichten mit diesem Verhalten der Redaktion bezweckt wurden. Die Redaktion, richtig gesagt gewisse Redakteure, wollten die Vertrauenspersonen Groß-Berlins gegen den Parteivorstand auspielen, als eines Faktors, der seiner Aufgabe nicht gewachsen sei.

Es ist ferner eine Unwahrheit, wenn Eisner und

hat er nur, mit dem Frühstück nicht auf ihn zu warten, und verließ das Bett. Mrs. Henson hatte indessen wohl bemerkt, daß etwas Ungewöhnliches im Lager vorging, wenn sie auch die wahre Ursache nicht ahnte und keineswegs an irgend eine Gefahr dachte. Über sie fühlte sich auch glücklich, daß Henson in den letzten Tagen sein schwermettiges Wesen fast ganz verloren habe, ja eher fest und heiter wurde und in der neuen Beschäftigung sich wohl und zufrieden zu bewegen schien. Er hatte eine Tätigkeit gewonnen, die ihm bis dahin durchaus gefehlt, und mit der Verantwortung, die er dabei zugleich bekommen, stählten sich die schon fast erschöpften Geisteskräfte wieder und mit der küstere Schichten mehr und mehr zurück, der bis dahin schon einige Male bedroht hatte, sein Leben völlig zu unmachen. Nur Manuela war heute Morgen recht erstaunt gewesen, denn mit dem leichten Abend trugte ans neue die Sorge um den Vater auf. Daß jener Amerikaner, den sie mehr als irgend einen Menschen fürchtete, ihr stilles Schlafzimmer aufgesunden, beunruhigte sie am meisten, und nicht mit Unrecht hatte sie gesürktet, daß er den schwachen Vater auf's Neue verletzen würde, sich seinem Rate, seiner Führung zu überlassen. Der leichte Abend, an dem sie ihn vergebens zur rechten Zeit erwartet, ließte ihr den Beweis, daß sie sich nicht getröst, und nur Henson's Verstärkung hatte sie in etwas beruhigt, daß er tatsächlich verlassen würde, von jetzt an mit Don Alvaro nicht mehr zu spielen.

Manuela, die mit weniger Liebe an Mrs. Henson hing und sich jeder, wenn auch noch so ungewohnt Arbeit mit Freuden unterzog, hatte auch heute das Frühstück schon bereitet, aber vergebens damit auf ihren Vater gewartet. Sie und Mrs. Henson zurück, noch ließ sich Don Alvaro sehen, der sich schaute, der Tochter unter die Augen zu treten.

„Komm, Manuela,“ sagte da Mrs. Henson, „die Männer lassen uns heute ganz im Stiche. Dein Vater sowohl wie Mr. Henson, und ich denke, wir haben lange genug auf sie gewartet. Wir wollen deshalb ihr Frühstück warm stellen

und indessen einen Spaziergang machen, denn einen schönen Morgen haben wir noch nicht gehabt, seit wir in den Bergen sind. Es ist zu wunderbar herrlich draußen, und wahrlich Sünde, welche Zeit im Bett hier zu vertrömmen.“

„Aber Mr. Henson?“
„Hat seine Geschäfte, denen er nachgeht, und kümmert sich auch nicht um uns,“ lächelte die junge Frau; „deshalb darf er es auch nicht überlassen, wenn wir uns in der freien Lust ein Sündchen ergreifen. Lieber Gott, was hat man denn anders in den Bergen hier, als eben die wunderbar schöne Natur?“

„Aber der Wurm, der gestern überall in der Stadt herumlief!“ sagte Manuela besorgt.

„Fürchte nichts für uns,“ sagte aber freundlich die Frau, „Du bist vielleicht in Deiner Heimat an andere Sitten gewöhnt, Manuela; die Frauen sind über unter den Amerikanern überall sicher, ja, sie würden es jüdem, sei er sonst noch so roh und ungebildet, Schutz suchen, sollten sie diesen überhaupt bedürfen. Deshalb nimmt Deine Manuela; es ist außerdem die Frage, ob Mr. Henson vor dem Mittagessen wieder nach Hause kommen wird, denn er sagte mir, daß er entsetzlich viel mit dem Sheriff abzumachen hätte. Nehmen wir also nur in Zeit zurück, das bereit zu haben, so werden wir schwierig vermählt werden. — Ich habe mich auch schon lange einmal danach gefragt, einen der berühmten Hügel zu ersteigen, von da den kleinen Ort, in dem wir leben und den unsre neuen Landsleute etwas salb und ansprechend das Paradies genannt, zu übersehen.“

Auf jener nämlichen Waldhöhe, auf der sowohl der Sheriff mit dem Häupling Alvaro und den Bergleuten zusammenkam, hielt ein einzelner Reiter, der, abgezogen von seinem Tier, mit dem rechten Arm auf dem Sattel derselben lehnte und die vor ihm aufgetretene freundliche Szene überblickte. Es war ein recht junger Mann mit satten, ehrlichen Augen, das Gesicht fast hagernd, aber ohne Bart, mit

Genossen erklären, daß der jetzige Feldzug gegen den Ge-
nossen Weißer mit besonderer Geschäftigkeit geführt wurde.
Er bekommt nur, was ihm gebührt. Es kommt niemand
unter uns bei — das sei hier ein für allemal konstatiert —
behaupten zu wollen, daß die ausgeschriebenen Sechs nicht
noch bestem Wissen und können ihre Schuldigkeit getan
haben oder die Partei hätten schädigen wollen. Wir er-
kennen auch an, daß die Wahlkampagne im Jahre 1903, so-
weit sie der "Vorwärts" führt, wie die Führung der Volks-
kampagne im Jahre 1902 allen Ansprüchen entsprach, die
gestellt werden könnten. Das ist aber kein Grund, darauf-
hin zu dem Schluß zu kommen, daß nunmehr alle Gegen-
sätze in Wohlgefallen sich aufgelöst hätten.

(Schluß im Handblatt.)

SPZIALS UND KOMPLIKATIONEN.

Die Gehärtundbewegung der Textilarbeiter
ist beendet. Eine in Leipzig abgehaltene stark be-
fugte Versammlung akzeptierte das Angebot der Kammgarn-
spinnerei Süddeutsche AG, vom 1. Januar 1906 an eine
10½ stündige Arbeitszeit und 4 Proz. Lohnerhöhung und
vom 1. Jan. an eine 10 stündige Arbeitszeit einzuführen.

Die organisierten Wäger und Messer im Hafen
von Antwerpen traten in den Aussab, weil die
Arbeitgeber sich nicht zu allen ihren Forderungen bez. den
automatischen Wiegemaschinen, der in dem Elevator einge-
bracht ist, verpflichten wollten.

Internationale Kapitalisten-Solidarität. Aus
Paris wird geschrieben: Die Ausbeuter an der Seine
gleichen denen an der Spree wie ein Ei dem anderen. Das
beweist nachstehendes Vor kommunis: Der in der mechanischen
und optischen Werkstatt E. Krauß, Paris 21–23 rue
albouy beschäftigte Mechaniker Gräfle L. ließ eine Sam-
melliste des deutschen Sozialdemokratischen
Zusinns Paris 13 Rue Guillon zukommen für den
Strich der Metallarbeiter in Berlin und hat
auch tatsächlich von seinen französischen und deutschen Kol-
legen die städtische Summe von 125 Fr. zusammen-
gebracht. Das war am Sonnabend abend. Als L. am
Montag früh seine Arbeit wieder aufnehmen wollte, wurde
ihm vom Betriebsleiter bedeutet, daß er sich anderweitig
Arbeit suchen könnte. „Streitgesammlungen“ seien
bei der Ehrenfirma E. Krauß, Paris, nicht gestattet.
L. wußte hincus; sechs Kollegen aus seinem Arbeitsraum
folgten freiwillig, ihre Solidarität bekunden. Der Fall L.
ist um so charakteristischer, als sein Vater, einer der ältesten
Arbeiter in seinem Berufe, mit zu den Ausgesperrten
des Berliner Komites gehörte. Vater und
Sohn gleichzeitig Opfer der Kapitalsolidarität und Brutal-
ität. Ob französisch, ob preußisch — gleiche Brüder, gleiche
Kappen.

Die dänischen Eisenbahngestellten streben seit
Jahren nach einer gründlichen Regulierung und Verbesserung
ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und als im Jahre 1901
der damals viel geprägte „Systemwechsel“ in der dänischen
Regierung eintraf, hielten sich auch manche Staatsbahnen-
Proletarier große Hoffnungen gemacht, von denen man jetzt
weiß, daß sie falsch waren. Nun sind, wie wir dem "Vor-
wärts" entnehmen, Anfang dieser Woche zu Odense der
siebte Kongreß des dänischen Eisenbahner-
verbands statt, an dem 77 Delegierte teilnahmen. Mit
alles gegen nur drei Stimmen wurde hier eine Resolution an-
genommen, durch die der Kongreß sein tieftes Bedauern
überausdrückt, daß die Erwartungen, die man mit Recht
an jenen Systemwechsel knüpfen müßte, in so hohem Maße
zu einer Enttäuschung der Eisenbahner geführt haben.
Dem Verbandsvorstande enthielt der Kongreß den
Besitz, mit aller Kraft für eine einheitliche Lohn-
stufe aller Staatsfunktionäre zu wirken. Da nach Rei-
fung des Kongresses die Staatsbahngestellten durch das
Sozialamt vor 1903 noch überboten wurden und, wurde
dem Kapitalstand fernere Anstrengungen, wie eine Revision des
Straß durchgeführt wird, mit aller Kraft dagegen zu wirken,
daß die Angestellten auf Stationen mit traurigen Lebensbedingungen
Lebenszulagen erhalten. Hierzu wurden folgende in
zukünftiger Zeit durchzuführende Forderungen erarbeitet: 1.
Wiederholung eines vollen freien Tag, sowie fortlaufend durch-
geführte Sommersatze. 2. Durchgreifende Befreiung der
Arbeitszeit. 3. Verbesserung der Pensionen-Haltungs. 4.
Eine mehr zufriedenstellende Ordnung der Beziehungsverhältnisse,
die Sabs gegen Übergriffe Befehlshaber gemacht. 5. Ver-
pflichtung der Verwaltung der Staatsbahnen, über jede Er-
gabe, die von der Organisation der Angestellten ausgeht, zu

verhandeln. — Schließlich wurde dem Vorstande noch der
Auftrag erteilt, die Vorbereitungen zur Aufnahme des Ver-
bandes in den Gesamtverband der Gewerkschaften eingehend
zu untersuchen und das Ergebnis dem nächsten Kongreß vor-
zulegen.

Mit der Frage der Gründung einer Tages-
zeitung für die Landjag mit dem Sitz in Bittau und
eigener Parteidreherei derselbst beschäftigte sich länglich die
Kreiskonferenz für den Wahlkreis Bittau. Große Edmund
Fischer legte dar, daß sich eine Sitzung mit dem Central-
komitee und Agitationsteil bereits mit diese Sache be-
faßt und als ersterwertiges Ziel eine leistungsfähige, allen
Ansprüchen genügende Tageszeitung für die Landjag ins Auge
gesetzt habe. Natürlich habe ein solches Unternehmen eine
gewisse finanzielle Leistungsfähigkeit aller in Betracht kom-
menden Wahlkreise zur Voraussetzung. Es gefasste folgende
Resolution zur Annahme: „Die heute, am 22. Oktober
1905, im Gewerkschaftshaus zu Bittau tagende öffentliche
Parteidreherie beschließt, daß sich im Interesse einer
besseren Ausgestaltung unserer Preßverhältnisse der Vorstand
des sozialdemokratischen Vereins mit den Leitungen der Nach-
barorte in Verbindung setzen soll, um deren Ansicht über
eine eigene, in der Landjag erscheinende Zeitung einzuhören.
An der Hand der sich ergebenden Resultate sollen dann
weitere Schritte unternommen werden.“

Politische Verhindernde. Der Sozialdemokratische
Verein in Essa hat beschlossen, für seine Funktionsäre einen
Lehrkursus zu veranstalten. Vorläufig sind folgende Themen
in Aussicht genommen: 1. Die Parteien des deutschen Reichs-
tages. 2. Unsere Organisation. 3. Das sozialdemokratische
Programm: a) Allgemeiner Teil. b) Unsere Forderungen
an die heutige Gesellschaft. 4. Die Sozialgesetzgebung:
Alters-, Invaliden-, Kranken-, Unfallversicherung. 5. Das
Koalitionsrecht und seine Geschichte. 6. Mittelstands-politik.
7. Das Bürgerliche Gesetzbuch. 8. Militarismus, Martinismus,
Kolonialpolitik. 9. Solidarität und Handelsverträge.

Eine ausschließlich sozialdemokratische Gemeinde-
verwaltung besitzt Wallershausen in Thüringen. Seit
mehreren Jahren wurde die Mehrheit der Stadtver-
ordneten von Vertretern der Sozialdemokratie gebildet, und
auch im Stadtrat gewannen diese an Einfluß. Durch die
vor einigen Tagen vollzogene Wahl eines Stadtverordneten
ist jetzt auch der leiche Vertreter der bürgerlichen Parteien
aus dem Kollegium der Stadtvorordneten ausgeschieden, so
daß es zunehmend ausschließlich aus Sozialdemokraten besteht.
Auch im Stadtrat haben diese inzwischen die Mehrheit
erlangt. Und das Städtchen soll sich außerordentlich wohl
fühlen!

Die Versammlungs-„freiheit“ in Sachsen-Wie-
mar. In Neustadt a. d. O. finden in der nächsten Zeit
die Gemeinderatswahlen statt. Nichts natürlicher, als daß
unsere Freunde zu den Wahlern Stellung nehmen. Sie be-
riefen eine Versammlung ein, in der ein Genosse über das
Thema: Welche Bedeutung hat die Gemeinderatswahl für
Arbeiter und Handwerker? referieren sollte. Der Bürger-
meister Wimmler jedoch, der die Geschichte der Stadt leitet,
verbot die Versammlung mit dieser Begründung: „Der
in Aussicht genommene Redner ist als sozialdemokra-
tischer Agitator bekannt und sehen wir uns deshalb
und weil die Behandlung des angekündigten Themas durch
einen Agitator eine Gefahr für die öffentliche
Ordnung und den Frieden in unserer Gemeinde herbei
zu führen geeignet ist, veranlaßt, diese Versammlung hiermit
zu verbieten.“ In Gotha ist es also möglich, daß
eine Gemeindewählerversammlung den Staat in Gefahr
bringen kann.

Volkshaus in Jena. An die Verwaltung des Volks-
hauses hat der sozialdemokratische Wählerverein in Jena fol-
gende Beschwerde gerichtet: „Für Mittwoch, den 8. Novbr.,
ist im kleinen Saale des Volkshauses ein öffentlicher Vor-
trag des Vorführers des deutschen Rechtsbuches Professor
Fischer in Höhberg angelegt. In der Versammlungs-
auskündigung befindet sich der Redner: „Sozialdemokra-
tischer Zutritt nicht gestattet.“ In
dieser Bewertung ist eine öffentliche Bekleidung
der sozialdemokratischen Partei zu erkennen. Die Versammlung
kostet kostet daher den Vorstand, bei der Verwaltung des
Volkshauses beginnend, verfüllig zu werden, daß der betreffende
Redner aus der Einladung entfernt oder die Her-
sche des Saales zurückgezogen wird. Die Versammlung
glaubt es berechtigt zu fordern, daß die Auskündigung
einer bestimmten politischen Gruppe aus öffentlichen Ver-
sammlungen, die im Volkshaus stattfinden, nicht im Geiste

widerte der Fremde mit seiner Langwoller Stimme, „und
immer habe, daß es nur dazu dienen soll, seine Tücher durch
ausgebühlte Gruben zu entstellen, um das Gold herauf-
zuziehen.“

„Heute“, lasse aber der Alte gutmütig, „damit sind wir
doch nicht fertig, und das ist nur der Anfang. Das Gold
war ganz leicht, die Leute hierher zu locken und Ein-
wanderer ins Land zu bringen, aber der Herr der Ackerbauer
muß in den wilden Wäldern da rasten, die sich jetzt nur die
größte Mühe geben, ihren Vogelsohn gleich selber aus der
Eide herauszupacken, während sie später besser wissen werden
ihre Zeit auszunutzen.“

„Und gleich Sie wirklich, daß sich hier in Kalifornien
je irgend jemand Gedanken macht, einen Acker zu be-
wirtschaften“, fragt der junge Mann, wahrscheinlich dabei mit dem
Frische lächelnd.

„Da ist das glaublichste kleine Gedanke, Fremder!“ sagte
der Alte, „das ist so sicher wie die Sonne, die dort drüben
über den Bergketten steht. Dem Lande hier, so
wie es weiterhin seine Bevölkerung auch jetzt aussehen
möchte — hat uns doch die ganze Welt ihre Abenteuer dazu
bereit gezeigt — blüht einmal eine große Zukunft, und es
wird eben der kleine Stern in unserm Wasser — oder
ein schwächerer Stern.“

„Und wer möchte sich hier niederlassen — wir Freude und
Mutter in dieses wilde Treiben bringen?“

„Sie ist mir das freilich noch ein wenig früh,“ lachte
der Alte, „und Freude — obgleich unsere Badwood-Freuden
durch nicht vernichtet sind — müssen sich gerade nicht be-
haupten in dem Leben führen. Aber liegt doch ein Jahr ver-
gangen, und seitdem, wie die Freude sich geändert hat.
Sie ist mir auch ein ganz Stoltz, daß dem alten
Gesetz nach mir hier oben ein Sternschnuppen fallen zu
möchte.“

„Es ist in der Tat ein wunderbar schönes Land,“ er-

schloß sich der Vorsitzende des Volkshauses, Professor Abbe, liegt und
die Reinheit seines Habekens durch die Verbindung einer
möglichst engeren Verbindung des Volkshauses gewahrt werden muß.“ — Befürchtet hat in den Räumen
des Volkshauses der diesjährige Parteitag stattgefunden. Es
wird sich zeigen, ob die Nachfolger des Professors Abbe
imstande und gewillt sind, dessen Traditionen aufrecht zu
erhalten.

WISCH UND SCHENK.

Wilhelm Schenck. Wegen Misshandlung ihres
Diensmädchen hatten sich vor dem Schöffengericht in
Wendisch-Boritzow der frühere Pächterfassn-Rendant Fer-
dinand Richter und seine Ehefrau Marie zu verant-
worten. Die Anklage lautete auf schwerer Körper-
verletzung. Zu der Verhandlung waren 22 Zeugen ge-
laden, darunter befanden sich mehrere Dienstmädchen, die
früher bei der Familie Richter gedient hatten. Die Beweis-
aufnahme ergab, daß Frau Richter die bei ihr dienenden
Dienstmädchen mißhandelt hatte. Sie hatte sie mit dem Befestig, mit Wichenbüste, Handschellen und
Fesseln geschlagen! Der Chemnitzer wurde freigesprochen.
Frau Richter wurde zu 500 Mark Geldstrafe und
zur Tragung der Kosten verurteilt. Das Gericht hilf-
ligte der Angeklagten widernde Umsände zu, obwohl sie be-
reits früher wegen ähnlicher Vergehen zu einer Geldstrafe von 150 M. verurteilt worden war.

Ein „schwerer Majestätsverbrecher“. Der Berg-
mann Gustav Schach aus Dortmund hat am 5. Juli
d. J. von der Dortmunder Strafammer wegen einer
Majestätsbeleidigung, die er als Redner bei einer Mai-
feier begangen haben soll, vier Monate Gefängnis zudi-
ckt erhalten. Diese Strafe verbügt er augenscheinlich. Jetzt
ist er von der Essener Strafammer abermals wegen
Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängnis ver-
urteilt worden wegen einer Rede in einer Bergarbeiter-Ver-
sammlung in Hesingen. Als Gustav Schach erklärt, er
habe die Rede auf ungerechtfertigt Weise beobachtet, wurde
er in eine sofort zu vollstreckende Strafe von zwei
Tagen Gefängnis genommen.

Ein Prügelpädagoge. Der Lehrer Karl Klemm von
Rocherbach wurde von der Strafammer in Darmstadt
wegen Übertretung des Bildungsbuches zu 150 Mark
Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hatte längere Zeit
hindurch in einer ganzen Reihe von Fällen die Kinder im
jüngsten Schulalter durch wütige Stockschläge, Schläge, ja
selbst Fußtritte schwer mißhandelt. Der Staatsanwalt
hatte 400 M. Geldstrafe beantragt, das Gericht ließ die
sonstige Unbescholtenheit des Angeklagten als Milbungegrund
gelten.

LITERARISCHES.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer)
ist soeben das 5. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus
dem Inhalte des Hefts heben wir hervor: Ein Wort
über Mollie. — Der Kampf in der Berliner Elektrolyt-
industrie. Ein Musterbeispiel angewandter Scharfmacher-
theorie. Von Paul John. — Die oldenburgischen Landtags-
wahlen. Von R. Wagner (Bant). — Die Freiheit der
Meinungsäußerung. Von R. Keutsky. — Zur Revision der
Seemannsvorlesung. Von Paul Hoffmann. — Zur Ratto-
witzer Wahl. Von Julius Bruns (Rattowitz). — Literarische
Rundschau: „Die Reiter der Moral“. Von Ernst Kreowski.
Frenzus Pilatus: Was verlangen wir vom Richterstand? Von
Dr. Siegfried. — Notizen: Die Herausgabe des
Marien Nachlasses. Von R. Keutsky. Die „Neue
Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch-
handlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von
3 25 M. pro Quartal zu besitzen; jedoch kann dieselbe bei
der Post nur pro Quartial abonniert werden. Das einzelne
Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur
Fügung.

Badische Merkblätter vom 4. November.

Bauern-Butter Pf. 1,25 M., Meierei-Butter Pf. 1,40 M.,
Hofen Std. 3.— M., Enten Std. 3,50 M., Hühner Std.
1,60 M., Küken Std. 1,50 M., Tauben Std. 0,50 M.,
Gänse Pf. — 70 Pf., Fliegengans — M., Schweinefett
Pf. 0,50 M., Schinken Pf. 1,10 M., Wurst Pf. 1,20 M.,
Eier 6 Stück 60 Pf., Kartoffeln Pf. 1,00 M., Getreide Pf. 0,80 M.,
Zucker Pf. 1—2,40 M., Karlsruhe Pf. 80 Pf., Getreide Pf.
80 Pf., Butter Pf. 70 Pf., Kal Pf. 0,90 M.

und Kreuzwegen ihre Blodkästen aufzuladen. Die Leute
sind dort das Vorlaufenrecht, und wenn sie jetzt auch
nur schlechte Lebensmittel und erbärmliche Brandy für
schweres Geld an Reisende verkauft, werden sie bald genug
ausangeln, den Ader zu bauen oder Mühlen und Sägewerke
zu errichten, und einmal nur den Anfang gemacht, und Ihr
glaubt gar nicht, Fremder, wie bald die Farmen ringsumher
wie Pilze aus der Erde wachsen.“

„Ich glaube allerdings kaum, daß ich das schon werde.“
sähe die junge Mann — ich bin nur hierher gekommen,
das wunderliche Land einmal zu durchstreifen und vielleicht,
um doch wenigstens den Versuch zu machen, hier und da ein-
mal Gold zu graben; aber ich kante es mir nicht als meine
künftige Heimat denken.“

„Sie sind ein Engländer?“

„Ja.“
„Sie haben was Germanisches an Euch — ich weiß
nicht, woran es liegt, ob an dem Halstuch oder Gut oder
der ganzen Gestalt, aber Ihr seht mir aus, als ob Ihr
mehr an Bord eines Schiffes wie auf einem Pferde zu Hause
waret — das Etwige scheint sich überdies Schaden getan zu
haben.“

„Ich habe recht,“ erwiderte der Fremde — „ich bin
auch ein German, und allerdings mit Schiffen besser ver-
traut als mit Pferden, obgleich ich sie ziemlich gut reiten kann. Das arme Tier hier hat sich aber, als wir heut
morgen zusammen über einen umgesägten Baumstamm schlugen,
an einem herausstehenden Ast das Bordstein beschädigt,
wesentlich eine wichtige Fleischwurde davongetragen, und ich
führte es jetzt, um es soviel wie möglich zu schonen. Aller-
dings kam mir der Busch gerade jetzt sehr ungelegen, denn
ich habe einen längeren Ritt vor, den mich das Pferd in
seinen letzten Stunden nicht mehr tragen kann.“

(Fortsetzung folgt.)